

INFOPERU74

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

Inhaltsverzeichnis

1. [Editorial No 74 \(Annette Brox\)](#)
2. [Jahresrückblick Peru 2020 \(Hildegard Willer\)](#)
3. [Verhaltene Prognose für Wahlen 2021 \(Andreas Baumgart\)](#)
4. [Darf Ihre Mango aus Peru mehr kosten? \(Hildegard Willer\)](#)
5. [„Sie haben sich mit der falschen Generation angelegt“ \(Barbara Alagón Choquehuamani\)](#)
6. [Peru und seine Generation „200 Jahre“ \(Dr. Norma Driever\)](#)
7. [Solidarität und Zärtlichkeit \(Jimena Ledgard\)](#)
8. [Die Solidarität der Gemeinschafts- und Volksküchen \(Leslie Moreno Custodio\)](#)
9. [Freihandelsvertrag: freie Fahrt für Pommes und Milch aus der EU \(Jimi Merk\)](#)
10. [Melissa Alfaro – die Gerechtigkeit lässt auf sich warten \(Yuri Lévano García\)](#)
11. [Hafentelegramm: Kleines Chancay – großes China \(Heinz Schulze\)](#)
12. [Kurz gemeldet Dezember 2020](#)
13. [Die Schweiz darf weiter Menschenrechte verletzen \(Nicole Maron\)](#)
14. [ISP-News – Dez 2020](#)
15. [Reicht der Sauerstoff für die zweite Welle? \(Hildegard Willer\)](#)
16. [Neue InfoBlätter zu Energiewende und zu Wasserstraßen](#)
17. [Regenwaldschätze – für das globale Lernen](#)
18. [23. – 25. April 2021: Peru-Seminar – die Corona-Pandemie und ihre sozialen Folgen](#)
19. [Neu – Die Südamerika-Reporterinnen \(Hildegard Willer\)](#)

1. Editorial No 74

Liebe Leserinnen und Leser,

kurz vor Weihnachten kommt die letzte Ausgabe des InfoPeru. Sie ist wieder sehr umfangreich geworden. Vielleicht haben Sie ja im Lockdown und während der Weihnachtstage ausreichend Zeit und Muße zur ausführlichen Lektüre.

Zum Jahresende haben wir wieder einen kleinen Rückblick auf zehn wichtige Ereignisse des zurückliegenden Jahres zusammengestellt.

An dieser Stelle ein Rückblick auf die Arbeit der Infostelle in diesem so besonderen Jahr.

Eigentlich wollten wir 2020 unser 30jähriges Jubiläum feiern. Aber es kam alles anders...

Dass wir unser Peru-Seminar und die Jubiläumsfeier absagen mussten, war sehr schade, aber natürlich bei weitem nicht die schlimmste Folge der Pandemie. Dass Peru von der Corona-Krise besonders schlimm betroffen war und ist, haben Sie alle mitbekommen. Wir haben ausführlich darüber berichtet und auch eine „Corona-Sonderausgabe“ herausgebracht.

Ein besonderes Problem in Peru war der große Mangel an und die hohen Preise von Sauerstoff. Bei Recherchen zu diesem Thema wurde uns deutlich, dass die ehemals deutsche Firma Linde, die ihren Geschäftssitz jetzt in Irland hat, nicht unerheblich an diesem Problem beteiligt ist. Mit Unterstützung von 33 Hilfswerken, NGO's und Partnerschaftsgruppen haben wir das Unternehmen deshalb in einem offenen Brief aufgefordert, seine Preispolitik zu ändern und alles für eine ausreichende Sauerstoffversorgung zu tun. Über den Brief und die Reaktionen haben wir in den vergangenen Ausgaben ausführlich berichtet. Inzwischen hat sich die Lage gottseidank deutlich entschärft. Ob [für eine zweite Welle genügend Sauerstoff](#) vorhanden sein wird, ist jedoch nicht gesichert.

Eine Neuentdeckung war für uns die Möglichkeit der Online-Seminare. Es ist toll, dass wir damit jetzt Referent*innen und Diskussionsteilnehmer*innen aus Peru für einen Abend einladen können – und das (fast) ganz ohne CO2-Emissionen. Dies haben wir seit Mai gleich sieben Mal getan. Dreimal standen die Situation der indigenen Völker und ihre Selbstorganisation im Mittelpunkt. Die lebendigen und beeindruckenden Berichte der indigenen Vertreter*innen stießen auf besonders großes Interesse. Aber auch die Seminare zur allgemeinen Situation in Zeiten von Covid-19, zum Lieferkettengesetz und zur politischen Krise im November waren gut besucht. Diese Form des Austausches mit peruanischen Partner*innen werden wir auch im nächsten Jahr fortsetzen. Fünf Online-Seminare sind schon fest eingeplant.

Mit Beginn des ersten Lockdowns kamen drei neue InfoBlätter heraus. Leider hatten wir dann wenig Gelegenheit, die Blätter „unters Volk“ zu bringen, da es so gut wie keine Veranstaltungen

gab. Hier sei nochmal an sie erinnert: InfoBlatt 2 [Die Crux an Lebensmittelexporten](#), InfoBlatt 3 [Sprachenvielfalt in Peru](#), InfoBlatt 4 [Traditionelles indigenes Wissen](#).

Und ganz aktuell haben wir noch [zwei neue InfoBlätter](#) herausgebracht, diesmal in enger Zusammenarbeit mit dem Forum Solidaridad Perú in Lima – eine neue und gute Erfahrung der Kooperation. Mehr dazu in den Ankündigungen in diesem InfoPeru.

Das Jahr ging in Peru mit einer der schwersten politischen Krisen des Landes zu Ende. Zwischen der letzten und dieser Ausgabe des InfoPeru hat Peru drei Präsidenten erlebt, lagen die Amtsenthebung von Präsident Vizcarra durch das Parlament und in der Folge die größten Demonstrationen der peruanischen Geschichte, bei denen zwei junge Demonstrierende von Polizeikugeln getötet wurden. Wir haben über die Ereignisse sehr aktuell auf unserer Homepage berichtet. Nun gibt es eine neue Übergangsregierung und die Hoffnung auf Aufklärung des Todes der beiden jungen Männer, auf eine Polizeireform und auf politische Reformen. Den aktuellen Stand, eine Einordnung und die Perspektiven für die Wahlen im April können Sie in verschiedenen Beiträgen in dieser Ausgabe lesen.

An dieser Stelle möchten wir uns sehr herzlich bei allen Autorinnen und Autoren bedanken, die im vergangenen Jahr für das InfoPeru geschrieben und zu einer großen Themenvielfalt mit vielen fundierten, kritischen und interessanten Artikeln beigetragen haben. Alle tun dies komplett ehrenamtlich! Ein großes Dankeschön dafür!

Und ein Dank natürlich auch an Sie, liebe Leserinnen und Leser, für Ihr Interesse, Ihre Rückmeldungen und Weiterempfehlungen.

Wir vom Redaktionsteam wünschen Ihnen schöne Weihnachtstage und ein gesundes, gutes und bewegtes Jahr 2021!

Annette Brox

2. Jahresrückblick Peru 2020

Zehn Ereignisse, die das peruanische 2020 geprägt haben

1. Erneute Parlamentswahlen bestätigen die politische Zersplitterung

Im September 2019 hatte Präsident Vizcarra das Parlament aufgelöst, weil es immer wieder die Vorschläge der Regierung torpedierte. Am 25. Januar wählten die Peruaner*innen deswegen neue Abgeordnete: für eine Legislaturperiode von gerade mal 17 Monaten und ohne Option zur Wiederwahl bei den regulären Präsidentschafts- und Kongresswahlen im April 2021. Das Wahlergebnis machte wenig Hoffnung, dass der neu gewählte Kongress effizienter und weniger korrupt sein würde als der aufgelöste: Neun Parteien zogen ins Parlament ein, keine der Parteien

hatte mehr als 12 Prozent der Wählerstimmen bekommen. Überraschend stark waren autoritär-populistische Figuren wie Daniel Urresti oder die von Antauro Humala (dem radikalen Bruder des früheren Präsidenten) geführte UPP. Die größte Überraschung aber war wohl, dass die religiöse autochthone Partei FREPAP aus dem Stand 15 Sitze eroberte.

Die Tatsache, dass Präsident Martin Vizcarra im Kongress über gar keine Partei mehr verfügte – die Partei, mit der damals Pedro Pablo Kuczynski gewählt wurde, hatte sich aufgelöst – sollte sich gegen Ende des Jahres zu seinem Nachteil auswirken.

2. Umweltschützer*innen lebten auch im Jahr 2020 gefährlich

Ende Januar berichtete der vormalige UN-Sonderberichterstatter für die Situation der Menschenrechtsverteidiger*innen, Michael Forst, über seinen Besuch in Peru. Er zeigte sich sehr besorgt darüber, wie stark die Menschenrechts- und vor allem Umweltschützer*innen unter Beschuss stehen. Als Gründe dafür führte er die fehlende bzw. mangelhafte Vorabkonsultation, Korruption und die Rolle illegaler und krimineller Akteure auf.

Leider sind diese Akteure während der Corona-Quarantäne nicht stillgestanden. Anders als die staatlichen Aufsichtsbehörden, die wegen Corona ihre Inspektionen während mehrerer Monate einstellten. So konnten Goldschürfer, Drogen- oder Holzhändler ihren illegalen Tätigkeiten weiter nachgehen. Der Preisanstieg der Krisenwährung Gold dürfte den illegalen Goldbergbau sogar noch ausgeweitet haben.

Vier Umweltschützer sind in Peru im Corona-Jahr ermordet worden. Der bisher letzte war Roberto Pacheco aus Madre de Dios.

3. Die Universitätsreform greift – „Schrottunis“ müssen schließen

Anfang des Jahres standen viele tausend Universität-Studierende in Peru vor dem Nichts: ihre private Universität hatte keine staatliche Genehmigung erhalten und musste schließen. Niemand wusste, was aus den Studierenden werden würde.

Dahinter steckt einer der perfidesten Auswüchse des Neoliberalismus in Peru: die privaten, gewinnorientierten Universitäten. Anders als die gemeinwohlorientierten privaten Universitäten mit langer Tradition in Peru (Universidades Catolicas, aber auch Universidad del Pacifico, Universidad San Martin de Porras und einige mehr), wurden diese Universitäten in den 90er Jahren mit dem Ziel der Gewinnmaximierung gegründet. Daraus sind inzwischen regelrechte Universitäts-Imperien entstanden. Die bekannteste unter ihnen ist die Universidad Cesar Vallejo, gegründet von César Acuña; andere sind Alas Peruanas oder Telesup, um nur zwei zu nennen. Da die Plätze an den staatlichen Universitäten bei weitem nicht ausreichen, sind billige Privatunis mit Filialen auch in

abgelegenen Gegenden eine attraktive Option für viele Familien. Das Niveau dieser Universitäten ist allerdings oft sehr niedrig. Erst 2014 erließ die Regierung Humala ein neues Universitätsgesetz. Dieses sah sowohl neue Anforderungen an die Universitäten als auch eine neue Aufsichtsbehörde vor. Seitdem müssen die Universitäten neue Genehmigungen nach den neuen Kriterien beantragen. Mehrere Universitäten haben diese Genehmigungen nicht erhalten. Zugleich sind mehrere Besitzer*innen privater Bildungskonzerne (namentlich Cesar Acuña von der Universidad Cesar Vallejo und Jose Luna von Telesup) sogar mit eigenen Parteien im Kongress vertreten. Ihr Ziel unter anderem: die Universitätsreform rückgängig zu machen.

4. Covid-19 – der harte Lockdown

Auch Peru wurde vom Corona-Virus nicht verschont. Dass es allerdings binnen weniger Monate die Länder mit der – relativ zur Bevölkerungszahl – höchsten Todesrate anführen würde, hätte Mitte März niemand vorhergesagt. Am 15. März, neun Tage nach Bekanntwerden des ersten Corona-Falls in Peru, verhängte Präsident Martin Vizcarra eine Quarantäne über ganz Peru und ließ die Grenzen schließen. Der peruanische Lockdown kam früh und war einer der härtesten in der Region: Kinder durften nicht ins Freie, Schulen, Unis, Restaurants und viele Läden schlossen. Ab 18 Uhr galt Sperrstunde und niemand durfte auf die Straße. Zugleich verkündete Vizcarra eines der größten Hilfspakete ganz Lateinamerikas an die Bevölkerung und Betriebe, die nun kein Einkommen hatten.

Dennoch reichte es nicht: die Infektions- und Todeszahlen schossen sehr bald in die Höhe und blieben dort bis Ende September. Der Grund dafür lag nicht in den Maßnahmen der Regierung, sondern in der Struktur des prekären peruanischen Gesundheitswesens und dem hohen Anteil an informell Arbeitenden, die den Lockdown nicht durchhalten konnten.

5. Peru bekommt keine Luft mehr

Die ersten Hiobsbotschaften kamen aus der Selva, dem peruanischen Amazonasgebiet. Menschen standen Schlange vor den Krankenhäusern, weil sie dringend künstliche Beatmung brauchten. Aber es gab nicht genügend medizinischen Sauerstoff. Die Lage war so dramatisch, dass der Priester Miguel Fuertes vom Vikariat San Jose de Amazonas in Iquitos eine Spendenaktion für eine Sauerstoffanlage startete. Es sollte nur der erste Aufruf von vielen sein, die sich im ganzen Land wiederholten. Denn der Mangel an Sauerstoff wurde zum tragischen Charakteristikum der Corona-Pandemie in Peru. Medizinischer Sauerstoff ist ein grundlegendes Arzneimittel, das alle Krankenhäuser vorrätig haben sollten. Aber in Peru gab es gerade mal sechs Krankenhäuser mit einer eigenen Sauerstoffproduktion. Kaum ein Krankenhaus verfügte über einen Sauerstoffanschluss an den Betten. Der Grund dafür lag darin, dass zwei ausländische Firmen die Sauerstoffproduktion in der Hand hatten und die staatlichen Krankenhäuser mit

Flüssigsauerstoff in Flaschen belieferten. Der Hauptlieferant ist die deutsch-amerikanische Firma Linde. Darüber haben wir in InfoPeru ausführlich berichtet und eine Protestaktion initiiert.

6. Peru ist ärmer geworden

Der größte Einbruch der Wirtschaft in ganz Südamerika; 40 Prozent Arbeitslose – so oder ähnlich lauteten die Schlagzeilen während der Corona-Krise. Tatsächlich ist die Vorhersage, wie stark die Pandemie die Wirtschaft nun wirklich geschädigt hat, auch ein Blick in die Kristallkugel. 12 bis 14 Prozent sei die Wirtschaft im Jahr 2020 eingebrochen. Bis der Zustand vor der Pandemie wieder erreicht sei, würden zwei Jahre vergehen, sagte der Volkswirtschaftsprofessor Efraim Gonzalo de Olarte im Interview mit InfoPeru. Im Dezember verkündete Finanzminister Waldo Mendoza, dass die Erholung der peruanischen Wirtschaft noch schneller vorangehe. Wie auch immer: Corona hat die wirtschaftliche Ungleichheit vergrößert. Und die Erholung der Wirtschaft wird auch davon abhängen, wie stark die zweite Corona-Welle Peru treffen wird.

7. Trotz Corona und Beliebtheit: Präsident wird abgesetzt

Ein Parlament mit neun Fraktionen und ein Präsident ohne Fraktion: das bot genügend Anreize für einen erneuten Machtkampf zwischen Parlament und Präsident. Präsident Vizcarra hatte Antikorruptionsmaßnahmen in die Wege geleitet sowie eine politische Reform (zum Beispiel die Aufhebung der Immunität für Abgeordnete). Er führte die von Humala begangene Universitätsreform weiter: all das war den Abgeordneten ein Dorn im Auge, die vor allem ihre eigenen Partikularinteressen im Blick hatten (wie etwa die unter 3. genannten Universitätsbesitzer). Vizcarra genoss auch nach monatelanger Corona-Pandemie und trotz Fehlern in seinem Corona-Management große Zustimmung in der Bevölkerung. Dies hinderte die Parlamentarier*innen aber nicht daran, ein Absetzungsverfahren in die Wege zu leiten. Vizcarra hatte ein solches schon einmal überstanden. Dieses Mal gelang ihm das nicht. Mit der Begründung, dass Vizcarra in seiner Zeit als Regionalpräsident von Moquegua Schmiergelder angenommen habe, stimmten die Abgeordneten mit 105 gegen 23 Stimmen für seine Absetzung. Da die Vizepräsidentin Mercedes Araoz schon früher zurückgetreten war, fiel das Präsidentenamt an den Präsidenten des Parlamentes: Manuel Merino, ein Hinterbänkler aus Tumbes, von dem die meisten Peruaner*innen noch nie gehört hatten.

8. Die Jugend sagt „Nein“

Die Absetzung des zwar unter Korruptionsverdacht stehenden, aber beliebten Präsidenten durch ein Parlament, das als unbeliebt und korrupt gilt, brachte das Fass zum Überlaufen. Im ganzen Land gingen vor allem junge Menschen auf die Straße, um gegen die neue Regierung Merino zu

protestieren. Die Proteste waren massiv und fanden bis im hintersten Winkel Perus statt. Ihr Slogan war „Ihr habt Euch mit der falschen Generation angelegt“.

Die Proteste stießen auf den erbitterten Widerstand der Polizei. Zwei Studierende wurden von Polizisten erschossen, die Schuldigen sind bis heute nicht identifiziert.

Die Demonstrierenden erreichten, dass die Regierung Merino zurücktrat und der Kongress sich auf eine Übergangsregierung einigte. Die neue Regierung wurde aus denjenigen Parteien und Personen gebildet, die gegen die Absetzung Vizcarras gestimmt hatten.

Nach ca. zwei Wochen flauten die Proteste ab. Ob sich daraus ein anhaltender Protestfaden wie in Chile bildet – wo die Proteste über ein Jahr gingen und in eine verfassungsgebende Versammlung mündeten – ist momentan nicht abzusehen. Eine Gruppe der Protestierenden wird wohl mit ihrer Forderung nach einer neuen Verfassung in Peru weitermachen.



Auch im Dorf Angoteros am Rio Napo, Loreto, protestierten die Menschen gegen die Absetzung von Präsident Vizcarra
Foto: Dominika Szkatula.

9. Übergangsregierung mit großen Aufgaben

Die neue Übergangsregierung unter dem Ingenieur und Wissenschaftler Francisco Sagasti vereint Personen aus dem liberal-progressiven Lager Perus mit langjähriger Erfahrung in der öffentlichen Verwaltung. Die Minister*innenposten sind erstmals paritätisch mit Frauen und Männern besetzt. Dies ist an sich ein gutes Zeichen. Allerdings hat diese Übergangsregierung einiges mehr zu tun als „nur“ dafür zu sorgen, dass die nächsten Präsidentschaftswahlen im April 2021 reibungslos über die Bühne gehen. Zum einen sitzen die Unterstützer*innen der durch die Proteste

abgesetzten Regierung weiterhin im Parlament und es ist jetzt schon abzusehen, dass die Zeit des Burgfriedens mit der Regierung vorbei ist. Zum anderen muss die Regierung die zweite Corona-Welle managen. Dabei steht Peru nicht gut da: Das Land hat bis heute keinen Kaufvertrag für ein Vakzin für die Corona-Impfung unterschrieben. So wie es aussieht, werden die Peruaner*innen erst im Jahr 2022 gegen Corona geimpft werden können.

10. Abschaffung der Hungerlöhne im Landbau für den Agrarexport

Haben Sie sich schon mal gefragt haben, wie schmackhafte Spargel, Avocados, Weintrauben, Mangos und Baubeeren aus Peru so billig in einem deutschen Supermarkt landen können? Die Antwort darauf ist einfach: Seit 20 Jahren gelten im Agrarsektor Sonderarbeitsregeln für Saisonarbeiter*innen. Obwohl die Gewinnmargen der Agrarexporteure in den letzten Jahren sehr gut waren, haben die Landarbeiter*innen davon nichts abbekommen. Tageslöhne von umgerechnet zehn Euro für acht bis zwölf Stunden Landarbeit sind üblich.

Dagegen gingen die Landarbeiter*innen aus Ica – die erste Region Perus, die auf Agrarexport setzte – auf die Straße. Sie blockierten die Panamericana Sur. Ihre Kolleg*innen in Nordperu zogen nach. Am 5. Dezember erklärte der Kongress das bestehende Agrarförderungsgesetz für ungültig. Seitdem streiten sich Unternehmen, Arbeiter*innen, der Kongress und die Exekutive über eine neue Regelung.

Hildegard Willer

3. Verhaltene Prognose für Wahlen 2021

Sagasti bekommt Gegenwind vom Parlament und die Präsidentschaftswahlen 2021 werfen ihre Schatten voraus.

Die neue Regierung unter *Francisco Sagasti* bekommt es mit denselben Vorwürfen seitens der Parlamentarier*innen zu tun, die auch schon *Vizcarra* das Leben schwer gemacht und letztlich zu dessen Absetzung geführt haben. Im Grunde startet die neue Regierung sogar unter schlechteren Bedingungen. Wie ein Damoklesschwert schwebt das Nicht-Urteil des obersten Verfassungsgerichts über ihr, mit dem de facto der Putsch gegen *Vizcarra* legitimiert und alle Umstürzler*innen vor möglichen juristischen und parlamentarischen Konsequenzen befreit wurden. Durch die mit knapper Mehrheit durchgesetzte Ablehnung der Befassung mit dem Einspruch der *Vizcarra*-Regierung, fühlen sich die putschistischen Parteien bestärkt und verstärken ihre Angriffe. Dabei profilieren sich Abgeordnete wie *Merino*, einige Tage putschistischer Präsident und *Edgar Alarcón Tejada*, der mächtige Drahtzieher hinter dem Sturz *Vizcarras*. Er ist nach wie vor Vorsitzender der Parlamentarischen Kontrollkommission und steuert von dort eine Kampagne zum Sturz des derzeitigen Parlamentspräsidiums unter *Mirtha*

Vásquez. Obwohl gegen ihn 5 Verfahren und eine parlamentarische Verfassungsbeschwerde anhängig sind, wagt es derzeit niemand, sich im Parlament mit seiner Absetzung zu befassen.

Unter seiner Ägide läuft eine Initiative, Vizcarra mit einem 10-jährigen Betätigungsverbot für öffentliche Ämter zu belegen und zugleich ehemalige Minister anzuklagen. Am 18. Dezember haben sich nun 10 ehemalige Minister mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit gewandt, in der sie unter anderem kritisieren, dass öffentliche Ämter im Parlament für die Ausübung politischer Rache missbraucht werden. Nach wie vor ist nicht ganz vom Tisch, dass auch einige ehemalige Putschisten auf eine Verschiebung der Wahlen abziehen könnten und es ist nicht hundertprozentig auszuschließen, dass Sagasti dabei ins Fadenkreuz gerät und ebenfalls gestürzt werden könnte. Bisher schützt ihn seine Wirtschaftspolitik davor, die in einigen Aspekten den Interessen der korrupten, klerikal-faschistischen und rechten Oppositionellen entgegenkommt.



Präsident Francisco Sagasti Foto: Andina- Prensa Presidencia

Das Parlament setzt sich durch

In den letzten Tagen wurden Gesetze gegen den ausdrücklichen Willen der Regierung durchgesetzt, darunter die Zustimmung zur vorzeitigen Auszahlung von Rentenanteilen aus dem AFP-System, die automatische Beförderung des Gesundheitspersonals und weitere. Der neuen Regierung bleibt nichts anderes übrig, als sich an das Verfassungsgericht zu wenden. Sie wirft den Parlamentarier*innen vor, dass in Hinblick auf die nächsten Wahlen unreflektierte und undurchdachte Gesetze in populistischer Absicht durchgeboxt werden. Andererseits verschärft die Regierung den von Vizcarra übernommenen neoliberalen Kurs weiter, insbesondere im Rahmen der ökonomischen Reaktivierung, die auf eine Ausweitung und Beschleunigung der Rohstoff- und Agrarexporte abzielt. So schreckte sie zuletzt nicht davor zurück, Dekrete zu erlassen, die bestimmte umstrittene Minenprojekte zum "öffentlichem Interesse" erklären und damit sogar den Einsatz der Armee zu deren Durchsetzung zu legitimieren.

Fortschrittliches Kabinett

Sieht man von dem ökonomischen Bereich ab, ist die Zusammensetzung des Kabinetts Sagasti in mancherlei Hinsicht inhaltlich wie formal recht fortschrittlich. Das Kabinett wird von der ehemaligen Vizeministerin für Frauen und feministischen Anwältin *Violeta Bermúdez* geführt, als erster weiblichen Premierministerin Perus. Insgesamt sind 8 Ministerien, darunter Schlüsselministerien, durch Frauen besetzt. *Nuria Esparch Fernández* hat das Verteidigungsministerium übernommen und *Elizabeth Astete* das Außenministerium. Überhaupt sind Frauen innerhalb des Jahres erstmals in der Geschichte Perus in wichtige Führungspositionen aufgerückt: *Marianella Ledesma* steht dem Verfassungsgericht vor, *Mirtha Vásquez* dem Parlament und *Zoraida Ávalos* dem Rechnungshof.

Einige parlamentarische Initiativen richten sich gegen den neoliberalen Kurs und gegen die unsäglichen Ausbeutungsbedingungen. So wurde die *Ley de Promoción del Sector Agrario*, nach dem Namen ihres Urhebers auch als *Ley Climper* bekannt, endlich gekippt. So einig man sich war, sie abzuschaffen, so heftig wird nun das Gezerre um eine Neuordnung der Arbeitsverhältnisse im Agrarsektor ausfallen. Zwischen den Vorstellungen der Unterstützer*innen der Arbeitnehmer*innen und denen der Unternehmer*innen liegen Welten.

Inzwischen ist die Forderung nach einer neuen Verfassung, die seit Jahren von linken Kräften erhoben wird, nun nach den schweren politischen Turbulenzen auch zu einem Anliegen einiger anderer Fraktionen geworden. Die kürzlich von Abtrünnigen gebildete Parlamentsfraktion *Neue Verfassung* hat gerade eben beim Parlamentspräsidium eine Befassung mit dem Thema im Plenum beantragt.

Am Vorabend der Wahlen 2021

Die Wahlen 2021 werfen ihre Schatten voraus und die letzten Monate waren durch das Geschacher um aussichtreiche Listenplätze und Konkurrenzen um Präsidentschaftskandidaturen in den 23 zugelassenen Parteien geprägt. Obwohl die Wahlgesetzgebung sogar öffentliche Wahlen für die Präsidentschaftskandidaturen vorsieht, haben nur wenige Parteien von dieser Möglichkeit auch Gebrauch gemacht. In der Regel wurden die Kandidat*innen aus der Parteimitgliedschaft oder ausgewählten Delegierten und Parteigremien bestimmt. Das gilt leider auch für alle Parteien, die im linken Spektrum angesiedelt sind, wie *Juntos por el Perú* mit *Veronika Mendoza* und *Frente Amplio* mit *Marco Arana*. 8 Parteien haben nach dem Prinzip „Ein Mitglied, eine Stimme“ entschieden und 15 Parteien mit Delegierten und Parteiführungen.

Die extrem schwache Beteiligung wirft ein bezeichnendes Licht auf den Zustand der Parteien, den wir hier immer wieder beklagt haben, und der sich trotz der Wahlreform noch verschlimmert hat. Von den 1,3 Millionen eingetragenen Mitgliedern von 23 Parteien, haben 69 Tausend abgestimmt.

Das sind gerade einmal 5%. In der Partei *Partido Nacionalista* des ehemaligen Präsidenten *Ollanta Humala*, der nun wieder antritt, haben 1374 Mitglieder von 152680 (0,9%) abgestimmt. Bei den reaktionären Christdemokraten PPC gerade einmal 2394 von 240364 (1%) und den beiden linken Parteien *Juntos por el Perú* 1048 von 11741 (8,9%) und *Frente Amplio* 532 von 9722 (5,5%). Wie nie zuvor, fehlt es den Präsidentschaftskandidatinnen an innerparteilicher Legitimation und Rückhalt.

Ein ehemaliger Fußballer will Präsident werden

Erneut gruppieren sich einige Parteien um eingeladene Präsidentschafts- und Parlamentskandidat*innen, die vermeintlich Aussicht auf Erfolg versprechen. Dafür sind auch Umbenennungen üblich. Der nach Umfragen ist der bislang aussichtsreichste Präsidentschaftskandidat *George Forsyth*, ehemaliger populärer Fußballer und Bürgermeister des Distrikts *La Victoria*. Er kandidiert für die Partei *Restauración Nacional*, die in Anspielung auf *La Victoria* in *Victoria Nacional* umbenannt wird. *Somos Perú*, deren Präsidentschaftskandidat der ehemalige Parlamentspräsident *Daniel Salaverry* ist, konnte auch einen beachtlichen Coup landen. Sie hat *Vizcarra* eingeladen und auf den ersten Listenplatz in Lima für das Parlament gesetzt. *Vizcarra* wollte sich eigentlich nach Ende seiner Regierungsperiode aus der Politik zurückziehen. Nun ist es anders gekommen. Als Person mit einem Beliebtheitswert von um die 45%, ist er ein echter Magnet für seine neue politische Heimat. Kein Wunder, dass seine einstmaligen Gegner alles daran setzen, ihn politisch auszuschalten.

Die letzten IPSOS-Umfragen, die zu diesem Zeitpunkt nur sehr grobe Tendenzen abbilden, ergeben folgendes Bild: 18% für *George Forsyth*; 8% für *Julio Guzmán* (*Partido Morado*); 7% für *Verónica Mendoza* (*Juntos por el Perú*); 7% für *Keiko Fujimori* (*Fuerza Popular*); 6% für *Daniel Urresti* (*Podemos Perú*); 4% für *Yohny Lescano* (*Acción Popular*), 3% für *Hernando de Soto* (*Avanza País*) und 3% für *Daniel Salaverry* (*Somos Perú*). *Marco Arana* (*Frente Amplio*) liegt unter 1% und taucht noch nicht in den Statistiken auf. Die Ablehnung des Parlaments und der Wahlteilnahme liegt weiterhin sehr hoch.

Quelle: <https://elcomercio.pe/elecciones-2021/encuesta-el-comercio-ipsos-forsyth-permanece-arriba-con-18-y-el-resto-no-pasa-del-8-noticia/?ref=ecr>

Die Linke: Schwache Parteien, beliebte Präsidentschaftskandidatin

Bei *Juntos por el Perú* handelt es sich um ein Sammelsurium unterschiedlicher Kräfte aus Partei-Resten und Freischwebenden, die vom marxistisch-leninistischen Spektrum bis zu sozialdemokratischen und populistischen Ausrichtungen reichen. Dort dominieren autoritäre Charaktere und autoritäre Strukturen. *Juntos por el Perú* hat den Schwerpunkt eindeutig auf

soziale und ökonomische Themen gelegt, während über die Verbündete *Veronika Mendoza* und deren *Partei Nuevo Peru* auch feministische und ökologische Aspekte einfließen. Immerhin kandidieren als Vizepräsident der ausgewiesene Extraktivismus-Kritiker und ehemalige Vize-Umweltminister *José de Echave* und einige auf ihren Gebieten kompetente Personen mit langer Erfahrung und engagierter politischer Tradition. Das Bündnis fordert zwar Basisdemokratie und Transparenz, lebt diese aber nur sehr eingeschränkt. Eine Regierung unter *Veronika Mendoza* würde aller Wahrscheinlichkeit nach eine abgeschwächte Version des „Socialismo del Siglo XXI“ wie in Ekuador, Bolivien, Brasilien oder Paraguay etablieren, mit ausgeprägten nationalen und regionalen Schwerpunkten. Es ist auch damit zu rechnen, dass Umweltanliegen, die jetzt noch hochgehalten werden, aus pragmatischen ökonomischen Notwendigkeiten in die Zweitrangigkeit abgeleiten würden, gelangte *Mendoza* tatsächlich an die Macht.

Frente Amplio am Boden

Das ehemalige Bündnis *Frente Amplio*, das bei den Wahlen 2016 noch so große Hoffnungen geweckt hatte, ist in den letzten Jahren durch Abspaltungen, Massenausschlüsse und Austritte dramatisch geschrumpft. Programmatisch ist *Frente Amplio* sicherlich basisdemokratischer und ökologischer als *Juntos por el Peru* und distanziert sich von Strukturen, wie sie in Cuba, Nicaragua oder Venezuela etabliert wurden. Die ausgesprochen caudillistische Haltung von *Marco Arana* und seiner kleinen bürokratischen Polit-Entourage haben die Partei aber an den Rand ihrer Existenz gebracht. Alle möglichen alternativen Präsidentschaftskandidat*innen wurden bisher erfolgreich kalt gestellt, so dass *Arana* als einziger Kandidat antreten konnte. Bündniswünsche mit anderen Linken wurden kategorisch unterbunden.

Prominente Repräsentant*innen und Abgeordnete des FA wie *Rocío Silva Santisteban* und *Enrique Fernández Chacón* (Alias „Cocho“) haben sich abgewendet. *Wilbert Rozas*, *Humberto Morales*, *Hernando Cevallos* u.a. wurden ausgeschlossen oder sind ausgetreten. Der letzte Massenaustritt von 763 Mitgliedern, einschließlich amtierender und ehemaliger Parlamentsabgeordneter, ist für die Partei kaum noch zu verkraften. Der Niedergang des *Frente Amplio* ist insofern besonders tragisch, als damit die lange Zeit einzige erfolgreich verankerte zivilgesellschaftliche, ökologische und soziale Alternative mit parlamentarischer Vertretung der letzten Jahre wegbricht. Während *Mendoza* gute Aussichten auf einen zweiten oder dritten Platz im Präsidentschaftsrennen hat, wird *Arana* momentan unter 1% angesiedelt.

Die Wahlreform hat nicht gegriffen

Es war explizite Absicht der Wahlreform, weniger und dafür solidere Parteien zu schaffen. Nun sind wieder 23 zumeist kränkliche Gebilde am Start und die Art und Weise, wie die Parlamentskandidat*innen gewählt, bestimmt, eingeladen oder eingekauft werden, ermöglicht jetzt

schon die Prognose, dass das nächste Parlament unter denselben Krankheiten leiden wird wie bisher. Nur wenn es gelingt, ein Referendum für eine neue Verfassung durchzusetzen, könnte sich die Perspektive mittelfristig ändern.

Liste der Parteien und deren Präsidentschaftskandidaten

1. Partido Morado: Julio Guzmán
2. Acción Popular: Yonhy Lescano
3. Apra: Nidia Vílchez
4. Fuerza Popular: Keiko Fujimori
5. Juntos por el Perú: Verónica Mendoza
6. Alianza para el Progreso: César Acuña
7. Frente Amplio: Marco Arana
8. Perú Nación: Francisco Diez Canseco
9. Renacimiento Unido Nacional: Ciro Gálvez
10. Perú Libre: Pedro Castillo
11. Partido Nacionalista: Ollanta Humala
12. PPC: Alberto Beingolea
13. Perú Patria Segura: Rafael Santos
14. Avanza País: Hernando de Soto
15. Solidaridad Nacional: Rafael López Aliaga
16. Democracia Directa: Andrés Alcántara
17. Frente de la Esperanza 2021: Fernando Olivera
18. Podemos Perú: Daniel Urresti
19. Restauración Nacional/Victoria Nacional: George Forsyth
20. Somos Perú: Daniel Salaverry
21. Todos por el Perú: Fernando Cillóniz
22. Unión por el Perú: José Vega
23. Contigo: Pedro Angulo

Quelle: <https://canaln.pe/actualidad/elecciones-2021-estos-son-todos-candidatos-presidencia-n428500>

Andreas Baumgart

Weitere Analysen zur Abwahl von Vizcarra und der Neubildung der Regierung Sagasti finden Sie hier:

<http://www.infostelle-peru.de/web/habemus-francisco-peru-hat-eine-neue-regierung/>

<http://www.infostelle-peru.de/web/president-merino-de-lama-dankt-ab-wie-geht-es-weiter/>

4. Darf Ihre Mango aus Peru mehr kosten?

Auch im Dezember kommt Peru nicht zur Ruhe. Landarbeiter und Agrarexporteure streiten um ein neues Arbeitsgesetz, das auch die Preise in deutschen Supermärkten verändern könnte.

In den USA sind es Mexikaner, in Deutschland Polen und Rumänen, die als Erntehelfer*innen den deutschen oder amerikanischen Agrarbetriebe aufrecht erhalten. In Peru sind es Inländer*innen, meist Migrant*innen aus den Anden. Sie arbeiten saisonal oder auch ganzjährig in den vielen Agrarexportbetrieben entlang der peruanischen Pazifikküste.

Denn dort werden seit gut 20 Jahren die Spargel, Mangos, Avocados, Weintrauben und Blaubeeren in großen bewässerten Plantagen angebaut, die in unseren deutschen Supermarkt-Regalen landen. Kaum ein Wirtschaftssektor in Peru ist in den letzten 20 Jahren so stark gewachsen wie die Exporte dieser sogenannten „nicht-traditionellen“ Agrarprodukte. Also Produkte, die in erster Linie für den Export angebaut werden. Rund 6 Milliarden Euro jährlich setzt die Branche heute um.



Foto: Andina.

Ein Grund für den Erfolg der Agrarexporteure ist ein Gesetz aus dem Jahr 2000. Nur für wenige Jahre sollten die Agrarunternehmen weniger Sozialabgaben für saisonale Erntearbeiter*innen leisten dürfen, sowie weniger Steuern bezahlen. So lange bis die peruanischen Agrarunternehmen wettbewerbsfähig wären auf dem globalen Markt.

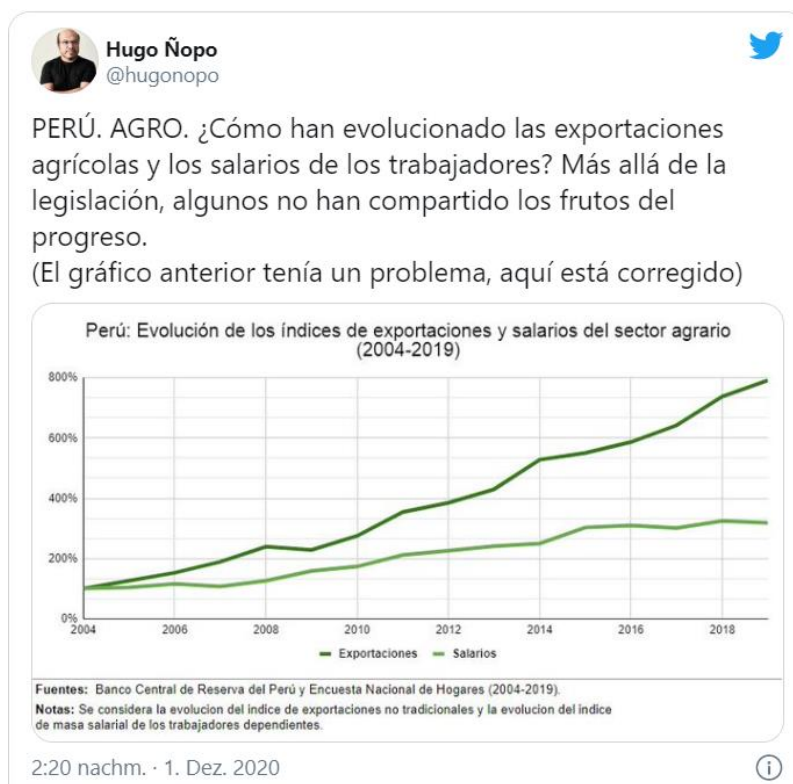
Doch diese Zeit kam nie. Zuletzt hat die Regierung Vizcarra die Sonderarbeitsregelung bis ins Jahr 2031 verlängert. Dagegen protestierten die Landarbeiter*innen von Ica im Süden von Lima Anfang Dezember. Sie blockierten die Panamericana Sur. Ihre Mitstreiter*innen in den nördlichen

Agrarfirmen rund um Trujillo und Piura taten es ihnen bald nach. Sehr schnell hatten sie Erfolg: das Parlament hob am 6. Dezember die geltende Agrarregelung auf.

Seitdem streiten sich Unternehmer*innen, Arbeiter*innen, Kongress und Regierung darüber, welche Regelung die alte ablösen soll. Oder mit anderen Worten: um wieviel der Lohn der Landarbeiter*innen angehoben werden soll.

Avocado- und Mangoexporteure beschwören in ganzseitigen Werbeanzeigen den Untergang der Branche, falls die Lohnkosten steigen. Ihr Druck auf das Parlament hatte Erfolg. Ein Vorschlag, der eine Erhöhung des Tageslohns von umgerechnet 9 Euro auf 13 Euro vorsah, unter Zahlung der üblichen Sozialleistungen, wurde vom Parlament nicht angenommen. Auch die Regierung Sagasti drückt sich um eine klare Stellungnahme herum.

Dabei traut sich niemand zu bestreiten, dass der Exportboom im Agrarsektor nicht weiter auf dem Rücken der Arbeiter*innen erfolgen darf. Eine Kurve des Wirtschaftswissenschaftlers Hugo Ñopo vom Thinktank GRADE unterfütterte diese Feststellung. Die Kurve zeigt auf der einen Seite einen steilen Anstieg des Umsatzes der Agrarexporte, während die Lohnkurve in der selben Zeit kaum angestiegen ist.



Der selbe Autor, Hugo Ñopo, weist auch daraufhin, dass die Arbeitsbedingungen bei kleineren und mittleren Unternehmen im Agrarsektor schlimmer seien als bei den großen Unternehmen.

Dabei stützt sich der Erfolg der peruanischen Agrarexporte nicht nur auf die schlechten Arbeitsbedingungen, sondern ruht auf fünf Pfeilern, wie [Fabrizio Ricalde in einem lesenswerten Artikel beschreibt](#).

1. Die Landvergabe

Die Regierung Fujimori machte den gesetzlichen Weg frei, um sogenanntes Brachland an der Küste an private Investoren zu vergeben. Dazu errichtete der Staat grosse Bewässerungsprojekte. Das dadurch neu entstandene fruchtbare Land wurde in Bietungsverfahren vergeben. Auf diese Weise kam es an der Küste Perus zu einer grossen Konzentration im Landbesitz.

2. Wasser (und geringe Steuern)

Genauso wichtig ist der Zugang zu Wasser, wenn man in der Wüste Landwirtschaft betreiben will. Der peruanische Staat subventionierte grosse Bewässerungsprojekte und erleichterte den Brunnenbau. Dies führte dazu, dass der Grundwasserbestand der Region Ica z.Bsp. weit über seinem Limit ausgeschöpft ist.

Dazu kommt, dass Agrarexportunternehmen nur die Hälfte der sonst im Privatsektor üblichen Steuern bezahlen.

3. Freie Märkte

Peru hat in den letzten Jahren einen Freihandelsvertrag nach dem anderen abgeschlossen. Diese haben den Export der Agrarprodukte erleichtert (Sie dazu auch die Studie von [SOS Faim](#))

4. Bevorzugung der Küsten-Landwirtschaft

Überdurchschnittlich viele Mittel und Subventionen flossen in den neuen Agrar-Export-Sektor an der Küste, während die andine meist kleinbäuerliche Landwirtschaft immer mehr Marktzugang und Subventionen verlor.

5. Die geringen Arbeitskosten durch die Sondergesetzgebung

Es stimmt also nicht, [so Fabrizio Ricalde](#), dass die Agrarexporte zusammenbrechen würden, sobald die Löhne der Erntearbeiter*innen angehoben werden. Denn viele Faktoren haben zum Boom der Agrarexporte geführt.

Kurz vor Weihnachten ist es noch zu keiner Einigung gekommen. Die Erntearbeiter*innen in Ica haben ihren Streik wieder aufgenommen.

Und Sie? Sind Sie bereit, mehr für Ihren Spargel, die Avocado oder die Mango aus Peru zu bezahlen, wenn die Arbeitenden dafür besser entlohnt werden ?

Hildegard Willer

5. „Sie haben sich mit der falschen Generation angelegt“

Zum Gedenken an Inti und Jack, Helden der Zweihundertjahrfeier.

Peru hat offene Wunden, wobei die stärkste diejenige ist, die der interne Krieg hinterlassen hat. In den 80er Jahren haben wir so viele Menschen verloren, Frauen, Männer und Kinder; nach Angaben der peruanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission waren es etwa 69.280 Tote und Verschwundene. Das hat uns in eine wirtschaftliche, politische und soziale Krise gestürzt. Wir haben den Glauben an Politik und Wandel verloren.

Die Generation unserer Eltern, die damals Kinder und Jugendliche waren, wuchs oft mit der Angst davor auf, in die Politik zu gehen. In den Schulen lernten sie, sich vor den Explosionen der Autobomben zu schützen. Sie klebten Klebeband auf die Fenster, um zu vermeiden, dass das Glas sie zu sehr verletzte. Sie waren an die Stromausfälle gewöhnt. Kerzen zu haben war eine Notwendigkeit. Die jungen Männer und Frauen in Lima gingen nachmittags auf Partys, denn nachts galt eine Ausgangssperre. Selbst das Gehen auf der Straße war unsicher, vor allem, wenn das Militär vorbeikam, um junge Männer für den Militärdienst abzuholen. Viele entkamen oder versteckten sich, viele kehrten nicht zurück. Menschen, die über mehr Wirtschaftskraft verfügten, wanderten in andere Länder aus, denn „in Peru gibt es keine Zukunft“, sagten sie. Wenn sie von einer staatlichen Universität kamen, wurden sie oft als Terrorist*in gebrandmarkt, umso mehr, wenn ihr Studiengang mit sozialen Themen wie Geschichte, Bildung, Anthropologie, Soziologie oder Philosophie zu tun hatte. Ein Buch von J.C. Mariátegui, Marx oder Engels zu besitzen führte dazu, dass man sie beschuldigte, für den Terrorismus einzutreten. Auf dem Land zwangen die Terrorist*innen des Leuchtenden Pfades die Menschen, sie mit Essen und Schlafplätzen zu unterstützen und sich ihrer Guerilla anzuschließen. Wer ihnen nicht gehorchte, dem wurde mit dem Tod gedroht. Später kamen Polizei und Militär und töteten oder inhaftierten diejenigen, die gezwungen worden waren, die Terrorist*innen des Leuchtenden Pfades zu unterstützen. Niemandem konnte man trauen.

Aufgewachsen in Angst

Die Mehrheit dieser Generation ist mit Angst aufgewachsen. Ich sage „die Mehrheit“, weil es immer einige wenige gibt, die Risiken dafür eingehen, die Dinge zu verbessern, weil sie glauben, dass Politik etwas Schlechtes ist, die den Wunsch haben, die Gesellschaft zu verändern. Wir, die Töchter und Söhne dieser Generation, die nicht in dieser Zeit gelebt haben, sind mit den Geschichten aufgewachsen und haben nicht nur die Angst geerbt, sondern in uns wuchs auch die Empörung über die politische Klasse, die bisher wenig oder gar nichts getan hat (in einigen Gegenden im Land). Auch unser Wunsch, die Dinge zu verändern, wuchs.

Viele junge Leute hatten wie ich zu Hause Schwierigkeiten, als sie sagten, sie wollten Anthropologie, Geschichte, Soziologie usw. studieren. Die Eltern sagten uns, „ihr werdet keine Arbeit finden“. Aber vor allem äußerten sie ihre Angst, dass wir uns in die Politik einmischen oder dass wir Terrorist*innen werden könnten. Trotz dieser Widerstände zu Hause machten wir weiter.

Meine Generation hat die 80er Jahre nicht erlebt, wir haben nicht am eigenen Leib gelitten wie unsere Väter, Mütter und Großeltern, aber diese Zeit hat uns neben den Krisen eine sehr große Last hinterlassen: die Entpolitisierung der Gesellschaft. Nach und nach haben wir gelernt, uns zu informieren, über das zu sprechen, worüber alte Politiker nicht gerne reden: über die Folgen und über Verantwortung, die damals nicht übernommen wurden. Jetzt übernehmen wir sie und wollen Veränderung.



"Mama, ich bin losgezogen, mein Vaterland zu verteidigen. Wenn ich nicht zurückkomme, dann bin ich mit ihm gegangen"
Foto: Camila Brizuela Cisneros.

Die Pandemie legt Mißstände bloss

Die Pandemie hat all jene Probleme sichtbar gemacht, die vertuscht und sogar als normal angesehen wurden, wie z.B. die Mängel im öffentlichen Gesundheits- und im Bildungssystem, beim Recht auf Wohnung, die schlechte Trink- und Abwasserversorgung usw. Kurz vor dem 200jährigen Jubiläum der Unabhängigkeit Perus haben viele Haushalte keinen Zugang zu all diesen Gütern.

Soziale Netzwerke haben in diesen Monaten eine wichtige Rolle gespielt. Plattformen wie WhatsApp, Facebook, Instagram und Twitter wurden während der Pandemie genutzt, um Nachrichten und Initiativen zur Unterstützung und Solidarität mit den am stärksten von Covid-19 betroffenen Familien zu organisieren, zu teilen und auszutauschen. Das hat auch dazu beigetragen, dass viele Familien sich wirtschaftlich selbst versorgen konnten, indem sie ihre

Produkte über soziale Netzwerke anbieten, insbesondere in Lima. Auf diese Weise sind die Menschen aufmerksamer auf soziale Netzwerke geworden, in denen Nachrichten in Echtzeit und von allen Seiten ausgetauscht werden. So sind wir alle darüber informiert, was in der Regierung geschieht, von der wir einst glaubten, sie könnte uns repräsentieren.}

Ein Korruptionsfall nach dem anderen

Immer mehr Fälle von Korruption werden bekannt: Fälle wie die von Richard Cisneros und dem ehemaligen Präsidenten Martin Vizcarra, Missbrauch und Vetternwirtschaft in Regionalregierungen und Kommunen mit den Hilfgeldern für Lebensmittel für die bedürftigsten Familien während der Pandemie, Missbrauch von Arbeitskräften durch den Staat und private Unternehmen oder die Kriminalisierung der Proteste von städtischen Angestellten im Zentrum von Lima und landesweit, die einige Tote hinterlassen haben. In der Region Loreto starben zwei Menschen, 17 weitere wurden verletzt, als sie sich für Umweltrechte einsetzten. All dies steht uns immer noch sehr lebendig vor Augen. Vor ein paar Wochen wurden Anschuldigungen öffentlich, die den ehemaligen Präsidenten Martin Vizcarra belasten. In seiner Zeit als Regionalgouverneur von Moquegua soll er 2013 in einen Korruptionsfall verwickelt gewesen sein. Der Kongress war daraufhin entschlossen ihn abzusetzen, was schließlich auch gelang.

Die Demonstrationen waren und sind nicht für Martin Vizcarra, zumindest gilt das für die große Mehrheit. Viele von uns glauben, dass gegen ihn wegen all der Korruption während der Pandemie und davor ermittelt werden sollte. Aber wir glauben auch, dass sich das Land in einer großen gesundheitlichen, wirtschaftlichen, sozialen und jetzt politischen Krise befindet, in der wir nun ohne Exekutivgewalt dastehen.

Gewalt gegen Demonstrierende

Seit Montag, 9. November, der Nacht, in der Vizcarra abgesetzt wurde, gab es Demonstrationen, unermüdlich, an jedem Tag der Woche. Es beteiligten sich viele Menschen, meist junge Leute, die sich jeden Tag besser organisierten. Trotz der Bemühungen der Rettungsdienste, des Roten Kreuzes und der Tränengasentschärfer hinterließen die Märsche mehr als hundert Verletzte, einige davon in kritischem Zustand. Fast 40 Menschen verschwanden. Bis heute sind einige von ihnen geschlagen und ohne ihr Eigentum nach Hause zurückgekehrt. Es kam zu zwei Morden: Inti Sotelo Camargo und Jack Bryan Pintado Sánchez, zwei junge Studenten unter 24 Jahren, starben.

Übergangspräsident Merino trat nach ihrem Tod zurück, aber das reicht nicht. Die Demonstrationen wurden mit der Zeit immer mehr und immer größer, nicht nur im Zentrum von Lima, sondern in verschiedenen Bezirken Limas wie Miraflores, Comas, Puente Piedra, Pueblo Libre, Magdalena, usw., und im ganzen Land in jedem der 24 Departements.

Es gab Menschen, die es wegen der noch latent vorhandenen Pandemie ihre Häuser nicht verlassen wollten. Aber über Facebook organisierten sie sich, um von ihren Häusern aus lautstarken Protest zu machen. Viele stellten sich an ihre Türen und Fenster, um „weg mit Merino“ („fuera Merino“) zu rufen, die Nationalhymne zu singen und mit ihren Töpfen Lärm zu machen. Interessant, dass dasselbe vor Monaten aus Dankbarkeit gegenüber der Polizei geschah, die sich während der Pandemie um uns gekümmert hatte – dieselben Menschen, die jetzt Demonstranten schlugen, Tränengasbomben sogar aus Hubschraubern warfen und ihre Macht zugunsten des Kongresses und seiner Interessen missbraucht haben.

Revolution mit dem Handy

„Sie haben sich mit der falschen Generation angelegt“, das ist es, was auf den Straßen widerhallt. Und es ist wahr. Wir jungen Leute glauben nicht mehr alles, was uns erzählt wird. Wir fragen und prüfen nach. Unsere Bildung ist teuer, und seit so vielen Jahren wird Armut romantisiert, dass wir sagen: „Genug! Wir haben Rechte und wir kennen sie.“ Wenn wir unsere Rechte wirklich erreichen wollen, können wir es uns nicht länger leisten zu schweigen.

Wir haben gelernt, die Technologie zu unserem Vorteil zu nutzen, wir lernen uns online kennen und organisieren uns über soziale Netzwerke, wir haben keine Angst vor der Politik, wir engagieren uns.

Ich teile die Idee, die eine Kollegin der Universität San Marcos, Ingrid Garcia, auf ihrer Facebook-Pinnwand gepostet hat: „Weißt du, warum sie sich mit der falschen Generation angelegt haben? Wir sehen nicht fern, und wenn wir es tun, glauben wir es nicht. Wir schnappen uns das Handy und finden es im Internet heraus. Wir gehen auf Instagram und saugen Informationen in uns auf. Wir öffnen Twitter und verfolgen die Nachrichten, Minute für Minute. Wir öffnen WhatsApp bekommen Informationen über die Status-Meldungen. Wir schauen uns die Facebook-Pinnwand an und die Videos zeigen Mini-Berichte. Wir öffnen Tik Tok und bekommen Informationen per Memes und Videos. Wir sind die Generation der wahren Information per Klick. Merino, du wirst fallen.“

Ja, wir sind jene Generation, die mit dem Handy in der Hand alles fotografiert. Wir veröffentlichen alles, was wir denken. Wir überprüfen die Nachrichten und interessieren uns dafür, was weltweit geschieht, weil wir verstanden haben, dass wir in dieser Welt nicht allein sind und nicht die Letzten sein werden.

Barbara Alagón Choquehuamani ist Studentin der Anthropologie an der Universidad San Marcos in Lima. Tochter von Migranten aus den Anden. Feministin. Sie ist zweite Vorsitzende von Yanapachikun, des Vereins der Peruaner, die ein Freiwilligenjahr in Freiburg absolviert haben.

Übersetzung: Luca Weigand

6. Peru und seine Generation „200 Jahre“

Soziale Medien waren sehr wichtig, damit die jungen Peruanerinnen und Peruaner ihre Proteste organisieren konnten.

Einen Tag nach dem 9. November 2020, dem Tag der Absetzung vom Ex-Präsident Martín Vizcarra mit 105 Stimmen durch das peruanische Parlament, wurde Manuel Merino, bis dahin Parlamentspräsident, als neuer Präsident Perus vereidigt. Unter dem verfassungsmäßig sehr fragwürdigen Vorwand der „moralischen Untauglichkeit“ wurde Vizcarra gestürzt, und es gingen Tausende von Menschen auf die Straße im Protest gegen diese unverantwortliche Entscheidung, die von einem großen Teil der Bevölkerung als Putsch empfunden wurde.

Die Mehrheit der Demonstrierenden war junge Leute, die ihre Unzufriedenheit, Frustration und Wut gegen die ökonomische und soziale Ungleichheit im Land zeigen wollten. Die Probleme der Jugend und ihre Bedürfnisse als eine Generation, die in die Zukunft blickt, tauchte in keinem politischen Programm der traditionellen politischen Parteien auf. Sie fühlen sich nicht vom Handeln der politischen Klasse repräsentiert, sondern ignoriert und vernachlässigt.

Diese Jugendlichen gehören zu der so genannten „Generation 200 Jahre Unabhängigkeit“. Noelia Chávez, Soziologin der Katholischen Universität, hat diesen Begriff in ihren Recherchen eingeführt.

Peru feiert am 28. Juli 2021 den 200. Jahrestag seiner Gründung als Republik. Ein historisches Ereignis für eine Generation, die ein wachsendes politisches Bewusstsein zeigt und sich für die Zukunft einen stärkeren Wandel erhofft.

Wie Chávez in Peru recherchieren andere Wissenschaftler*innen wie Jason Dorsey (Austin-USA) und Marc Prensky (California-USA) über das Generationsverhalten der Jugend und haben neue Begriffe wie die „alten und jungen Millennials“ (Dorsey) oder „Digital Natives“ und „Digital Immigrants“ (Prensky 2001) geprägt.

Die Generation 200 Jahre Unabhängigkeit ist eine spontane, ideologiefreie und parteilose Jugendbewegung, die global denkt, handelt und fühlt. Ihre Kommunikationssprache ist transparent, direkt und ihr Narrativ überschreitet Grenzen des Mainstreams (M. Calmbach, S. Borgstedt, u.a.: Sinus Studie 2016, Springer).

Sie sind Schüler*innen der letzten Sekundarstufe, Schüler*innen, die eine Berufsausbildung machen, Student*innen, berufstätige junge Akademiker*innen, Schul- und Universitätsabsolvent*innen, die geringe oder keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Dazu zählen auch berufstätige junge Leute, die eine prekäre Beschäftigung ausüben, junge Arbeitslose, Arbeitssuchende und Jugendliche aus verschiedenen sozialen Schichten, Herkunftsn und Geschlechterorientierung.

Ihr Durchschnittsalter liegt zwischen 16 und 25 Jahren. Sie folgen der Entwicklung der Studentenbewegung in Hong Kong und in Thailand, dem Kampf der Gelbwesten in Frankreich und der Black Lives Matter Bewegung in den USA. Sie teilen ähnliche Erfahrungen wie die Bürgerbewegungen aus Mexiko, Kolumbien und Chile.

Die peruanische Jugendbewegung ist der Regierung müde und hat es satt immer wieder die gleichen falschen Versprechungen zu hören. Sie beobachtet, wie die politische Klasse im Namen des Volkes für ihre eigenen persönlichen und politischen Interessen handelt und die finanziellen Ressourcen des Landes plündert.

Die Jugendlichen erlebten schon vor fünf Jahren, dass die Absetzung des Präsidenten vom Parlament als politisches Instrument benutzt und damit zu einer Bedrohung für die Exekutive wurde.

Die beiden Verfassungsorgane, Parlament und Exekutive, befanden sich schon öfter in einer Auseinandersetzung. Und durch die Anschuldigung von Korruptionsvorwürfen zwang das Parlament im März 2018 z.B. mit einem Amtsenthebungsverfahren Pedro Pablo Kuczynski zum Rücktritt.

Mit den gleichen Methoden stürzte das Parlament zuvor im Dezember 2016 bereits einige Minister wie den Bildungsminister Jaime Saavedra. Am 3. August 2020 mussten der Premierminister Pedro Cateriano und sein neues Kabinett zurücktreten, weil der Kongress ihm nach nur drei Wochen im Amt die Zustimmung verweigerte.

In diesem Rahmen leitete der Kongress am 11. September 2020 das erste Amtsenthebungsverfahren gegen den amtierenden Präsident Vizcarra ein, indem die Mehrheit der Abgeordneten ihm den Korruptionsfall Richard Swing vorwarf, aber am Ende bei der Abstimmung aufgrund fehlender Mehrheiten scheiterte.

Die Absicht des Kongresses den Präsident Vizcarra zu stürzen, war bei vielen Abgeordneten immer noch vorhanden und am 2. November kam es zum zweiten, diesmal erfolgreichen Amtsenthebungsverfahren.



Foto: Rupa Flores

Die Generation 200 Jahre Unabhängigkeit erlebte damit die wirtschaftliche und politische Instabilität zu einer Zeit, wo die Covid-19-Pandemie die größte Gefahr für das Land darstellte. Peru war im August 2020 weltweit das Land mit den meisten Toten umgerechnet auf die Bevölkerungszahl.

Dieses gesamte Szenarium brachte die jungen Leute dazu auf die Straßen zu gehen und für die Verteidigung der Demokratie ihre Stimme zu erheben. Die Jugendbewegung gehört zu der digitalen Generation, die sich durch die sozialen Medien organisiert und damit ihre Forderungen verbreitet. Ihr Kampf ist lokal, regional, national und international, zugleich friedlich, plural, intersektional, inklusiv und sehr gut organisiert.

Die Demonstrationen gegen den verhassten Ex-Präsidenten Merino wurden begleitet von Tänzen, Performances und Choreographien, von Protestliedern und visuellen Kunstprojektionen auf öffentlichen Gebäuden, von Motorrad-Karawanen, von Plakaten und Sprechchören wie „NO Merino, du bist nicht mein Präsident“, „Für einen demokratischen Übergang, legal und legitim – keine De-facto-Regierung“, „Der Kongress ist die Pandemie, die nicht aufhört“, „Für ein besseres Peru“, „Die Mafia kränkt das Land. Basta mit der Korruption“.

Es bleibt festzustellen, dass das künstlerische Talent dieser Generation mit seinen eigenständigen und mitunter provozierenden Ansätzen hier neue Akzente gesetzt hat.

Die Protestaktionen der Generation 200 Jahre Unabhängigkeit wuchsen innerhalb von nur sieben Tagen ständig an. Nach einer Befragung des Meinungsforschungsinstituts IPSOS am 16. November behauptet Alfredo Torres, dass 13 Prozent der Bevölkerung sich an den

Demonstrationen beteiligten, d.h. ca. drei Millionen Menschen, die im ganzen Land für den Sturz von Merino aktiv demonstrierten.

Die Demonstrationsaufrufe hatten einen großen Erfolg. Sie fanden im Vergleich zu vorherigen Jahren nicht mehr zentral im Stadtkern Limas auf dem Plaza San Martín statt, sondern die Jugendlichen marschierten mit Trommeln, pfeifend, Töpfe schlagend auf den großen Plätzen der verschiedenen Städte, Bezirke, Provinzen und Regionen im ganzen Land.

Wichtige Persönlichkeiten der Politik unterstützten die Kampffaktionen dieser Generation durch ihre Äußerung, wie z.B. die Ex-Finanzministerin Maria Antonieta Alva: „Die Generation 200 Jahre Unabhängigkeit friedlich, verantwortlich und mit dem Gemeinwohl befasst, verhält sich vorbildlich auf den Straßen. Niemand soll ihre Stimme unterdrücken, weil diese die Stimme alle Peruaner ist.“

So auch die Ex-Parlamentarierin Indira Huilca: „Die Volksbewegung und vor allem die Courage der Jugendlichen haben uns die Würde zurückgegeben, und sie konnte die politische Mafia vertreiben.“

Die Forderungen der Generation 200 Jahre Unabhängigkeit sind die Verteidigung der Demokratie und der Universitätsreform sowie die Bekämpfung der Korruption. Dazu zählt auch die Beendigung der Ungleichheit und der Ausbeutung der Bevölkerung durch die Mächtigen, die Abschaffung des Machtmissbrauchs unter Ausnutzung der parlamentarischen Immunität.

Durch die Gewalt der Polizei auf den Demonstrationen wurde der Forderungskatalog der Jugendbewegung immer länger: Sie verlangen die Beendigung der Repression und der Nutzung von Wasserwerfern, Tränengas, scharfen Waffen und Schrotmunition durch die Polizei, sowie den Abzug der Sondereinheit „Grupo Terna“ und der zivilen Greiftrupps.

Eine neue Forderung ist der Aufruf zu einem Referendum und der Erarbeitung einer neuen Verfassung, die die Wünsche der Generation 200 Jahre Unabhängigkeit nach Veränderung widerspiegelt und angepasst ist an die neue digitale Entwicklung der modernen Gesellschaft unter Berücksichtigung des Umweltschutzes und des Respekts vor den Menschenrechten.

Die sozialen Medien sind das Kommunikationsrohr, quasi der Lautsprecher dieser Generation und zugleich eine Plattform für den Austausch, die Organisation der Protestaktivitäten, ein Forum um neue Ideen und Aktionen zu verbreiten.

Dazu zählt auch die Suche nach Verschwundenen, die nach den Repressionen durch die Polizei gegen die Demonstrierenden, toleriert vom radikal-konservativen Ex-Präsidenten Merino, vermisst wurden. Ein Beispiel dafür ist die Aufklärung der Morde an den beiden Jugendlichen Jack Brian Pintado Sánchez (22 Jahre) und Jordan Inti Sotelo Camargo (24 Jahre) durch brutale Polizisten am 14. August in Lima.

Auch Aufrufe von Solidaritätskampagnen für die Familien der Opfer, Spendenaufrufe für die medizinische Behandlung der Verletzten, Sachspenden wie Erste Hilfe-Materialien sind hier zu nennen.

Die Morde an den beiden Jugendlichen verursachten in der gesamten Bevölkerung Trauer, Wut und Empörung. Dies bestärkte die Jugendbewegung in ihrem Kampf gegen die strukturelle Gewalt, auch um die verantwortlichen Polizeibeamten und Polizisten vor Gericht zu stellen.

Die Jugendbewegung schaffte es auf diese Weise und mit der geballten Macht des Straßenprotestes den De-Facto Präsidenten Merino und seinen Premierminister Flores-Araóz aus dem Amt zu jagen. Die Waffen der Generation 200 Jahre Unabhängigkeit sind die sozialen Medien wie Tik Tok, Instagram, Twitter, Facebook, und mit ihren Videos und Podcasts widersprachen sie dem herrschenden politischen Diskurs.

Die neu auf die politische Bühne tretenden Influencer Ariana Bolo Arce, iOA, Percy Pls, El Cholo Mena und Josy Miau begleiteten diesen hartnäckigen Jugendkampf mit ihren Beiträgen und gestalteten die politische Debatte neu.

Im Laufe der Zeit haben die peruanischen Centennials josimartinezzz, raydelcastillo, bryana_pastor, ale.barnechea, natalia_difr, orianabarraza, santiago chavezirus, alle zwischen 1997 und 2012 geboren, Tausende Anhänger*innen erreicht.

So zum Beispiel Josi Martínez, bekannt als Josi. Der 16jährige peruanische Tiktoker hat in seiner Plattform mehr als 17 Millionen Anhänger*innen, und er hat ein Video mit den Jugendlichen der Z Generation (Centennials) gedreht, wo sie sich rühmen, Merino und Flores-Araóz zu Fall gebracht zu haben.

„Sie haben diejenigen angefasst, die sie nicht hätten anfassen sollen, sie haben diejenigen verprügelt, die sie nicht hätten schlagen sollen, sie haben sich mit der falschen Generation angelegt, einer Generation, die des Missbrauchs müde ist, niemand wollte über Politik reden, aber angesichts so viel Missbrauchs schließen wir uns heute alle der Stimme des Protests an, viele marschieren auf der Straße, andere sind in sozialen Netzwerken aktiv. Wir haben den Missbrauch satt, die Interessen eines ekelhaften Kongresses ertragen zu müssen. Diese Generation hat keine Angst mehr. Wir werden weiter für das kämpfen, was wir für richtig halten“ (Angela Valdivia: „Generación der Bicentenario...y se burlaban de ellos“ LR.pe 17.11.2020).

Marc Goergen vom Stern teilt diese Äußerung, als er bei Wikipedia über das hohe politische Engagement der Gen Z-ler schreibt: „Die Optimierung des Lebenslaufs ist nicht mehr das alleinige Ziel, sondern auch: die Welt zu verbessern. Dank Facebook und Whatsapp sind zumindest Demonstrationen dafür binnen weniger Stunden organisiert“ (s. auch Hurrelmann und Albrecht: „Generation Greta“).

Die solidarischen Strategien dieser Generation, die über ihre sozialen Netzwerke zu täglichen Demonstrationen aufrufen, waren die Organisation von Hilfsbrigaden z.B. der „gelben Linie“, unterstützt von Kollektiven und Nachbarschaftsführer*innen der sogenannten „junge Dörfer“, die am Rand der Stadt Lima liegen.

Am 17. November 2020 sagte Aracely Daza in einem Interview mit der Zeitung La República: „Die „gelbe Linie“ half während der Protestaktionen Erwachsenen und Minderjährigen, die bei der Konfrontation zwischen der Polizei und der Demonstrierenden hilflos zurück gelassen wurden.“

Sie erzählte weiter von verschiedenen Hilfsbrigaden wie „die Erste Hilfe, die Gesundheitsbrigade, das weiße Kreuz, die Tierbrigade, die Brigade zur Deaktivierung von Tränengasgranaten, die Erste Linie und die Brigade, die mit Wasser und Nahrung versorgten“.

Auch an diesen Tag erzählte Esperanza, eine Brigadistin, in einem Interview mit dem Radio RPP-Encendidos, dass sie am 14. November bei einer riesigen Demonstration ganz vorne war und 25 Tränengasgranaten deaktivieren konnte.

„Wir sind eine Generation, die nicht Tränengasgranaten wirft, sondern entschärft.“

So existiert auch eine feministische Frauenbrigade, die sich als Autodidaktinnen im Internet über die Deaktivierungsformen von Tränengasgranaten informierten.

Die Frauenbrigade kaufte von ihrem Taschengeld die passende Schutzausrüstung und konnte so geschützt während der Demonstrationen mehr als 45 Tränengasgranaten deaktivieren. Die gesundheitlichen Beeinträchtigungen ihrer Aktionen waren vorübergehende Kopfschmerzen und Schlafstörungen, sie sind aber nach wie vor bereit an weiteren Einsätzen teilzunehmen.

Moises erzählte, dass er als Freiwilliger in der Erste Hilfe-Brigade tätig war. Wie viele seinen Freund*innen, die als Sanitäter*innen ausgebildet sind, half er auch in der Notfallversorgung. Moises bot seine Assistenz nicht nur den verletzten Demonstrierenden an, sondern auch den verletzten Polizist*innen.

Fünf Tage lang blieben Präsident Manuel Merino und sein Kabinett illegal im Amt. Der Jugendkampf war hart, intensiv und zielorientiert aber am Ende erreichte das peruanische Volk sein Ziel: Die Bildung einer Übergangsregierung im Rahmen des Gesetzes. Der Kongress suchte den politischen Konsens zwischen den Parteien und führte eine demokratische Wahl durch.

Die Vereidigung des neuen Präsident Perus, Francisco Sagasti Hochhausler, und seines Ministerrates am 17. November 2020 brachten zunächst etwas Ruhe ins Land, aber für die Generation 200 Jahre Unabhängigkeit geht der Kampf seit 20 Tagen weiter mit der Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung. Der Verfassungsgerichtshof als höchste Gerichtsinstanz bot am 18. November allerdings keine Lösung zur Frage der „moralischen

Untauglichkeit“ des Präsidenten an. Damit bleibt die Exekutive solange schutzlos, bis das Parlament seinen politischen Willen bekundet und eine Verfassungsreform auf den Weg bringt.

Die peruanischen Jugendlichen in Deutschland, in Europa und auf der ganzen Welt zeigen aus der Entfernung ihre Solidarität mit den gleichgesinnten Landsleuten in Peru. Sie demonstrieren immer wieder in verschiedenen Städten mit der Unterstützung von Deutschen und anderen Mitbürger*innen.

Die Generation 200 Jahre Unabhängigkeit ist das neue kritische Bewusstsein der Gesellschaft. Ihr Handeln ist pragmatisch, real, transversal, ohne feste Anführer und mit vielen kreativen und fachlich engagierten jungen Leuten, die vor allem wachsam gegenüber einem politischen Systems der traditionellen Elite sind.

Dr. Norma Driever

7. Solidarität und Zärtlichkeit



Foto: Hildegard Willer

Die peruanische Frauenrechtsaktivistin und Journalistin Jimena Ledgard hat die Proteste beobachtet und schreibt am 15.11.2020:

Gestern Abend war ich für die Berichterstattung der Proteste zuständig. Ich war fast die ganze Nacht ganz vorne und in der vordersten Front der Demonstrationen der Innenstadt von Lima.

Jetzt möchte ich mit Ihnen teilen, was ich gesehen habe.

Das Schreckliche, an das wir uns für immer erinnern werden: eine gewalttätige und übergriffige Polizei, die mit der Erlaubnis einer tötungswilligen Regierung handelte. Ich habe gesehen, wie Schüsse auf Menschen abgefeuert wurden. Kriminelle Hinterhalte der Polizei. Menschen, die sich atemlos auf die Straße übergaben, und Polizisten, die von ihren Motorrädern aus Schusswaffen abfeuerten.

Wir haben es alle gesehen. Und die Bilder sind in den Nachrichten, in sozialen Netzwerken und für immer in unserem Gedächtnis.

Aber ich habe noch etwas anderes gesehen, das ich in den Bildaufnahmen oder den Medienberichten von gestern Abend vielleicht nicht gesehen habe.

Ich war Zeugin von großer Solidarität und Zärtlichkeit:

Ich war bereits bei vielen Protesten dabei, aber was ich gestern gesehen habe, habe ich noch nie gesehen: Menschen, die Platz machten, wenn ein Krankenwagen oder eine Bahre vorbeikam, und die den Rettern und Verletzten applaudierten. Die freiwillige Helferbrigade, die sofortige Unterstützung im Fall von Verletzungen usw. angeboten hatte. Sie hatten die roten Kreuze an Fahrradhelme geklebt und kamen, um Menschen zu retten. Die Veterinärbrigade, die sich um die von den Tränengasbomben getroffenen streunenden Hunde kümmerte. Die Musiker, die sogar in extremen Momenten weiter Musik spielten, um die Leute zu ermutigen. Die Menschen, die nach den Tränengasangriffen mit Wasser und Sprays nach Betroffenen suchten, um ihnen zu helfen und sie zu versorgen. Die unzähligen „fremden Menschen“, die jedes Mal kamen, wenn eine Person weder atmen noch sehen konnte. Sie streichelten liebevoll ihre Hände und brachten sie in Sicherheit, selbst wenn sie ebenfalls selbst zu leiden hatten. Die zwanzigjährigen Jungs, die ohne zu zögern auf die Bomben zu gerannt sind, um sie gemäß der Videos, die sie auf Youtube gesehen hatten, zu entschärfen. Das Mädchen, das so zart inmitten der Kugeln die Maske eines hilflosen älteren Mannes zurechtrückte, der durch die Proteste festsaß, und ihn beruhigte. Die Emotionen, die Fahnen, die reine Liebe und Mitmenschlichkeit.

Ich weiß nicht, wie ich es sagen soll, aber ich denke, man muss Raum schaffen, um nicht nur die Wut und den Schmerz festzuhalten, sondern auch all das. All diese Hingabe, diese Anständigkeit, all die Überzeugung, dass wir besser sein können, dass wir einander brauchen und dass es an der Zeit ist, uns einzubringen.

Jimena Ledgard

Übersetzung: Fabian Appel

8. Die Solidarität der Gemeinschafts- und Volksküchen

Tausende von Frauen kämpfen in der Pandemie gegen Hunger und staatliche Vernachlässigung

In der Gesundheitskrise sind Hunderte neuer Gemeinschaftsküchen entstanden. Sie stehen in einer langen Tradition der Frauenselbstorganisation, die in den 1980er Jahren während Wirtschaftskrise mit den Volksküchen (Comedores) begann. In der Zeit des bewaffneten Konfliktes und der diktatorischen Regierung Fujimori, in der viele traditionelle Organisationen der soziale Bewegung fast gänzlich verschwunden sind, waren die Frauenorganisationen nahezu die einzigen, die Proteste organisierten und die Hoffnung auf einen Politikwandel aufrechterhielten. Ihr Motto war: „gegen Hunger und Terror“. Jetzt, in der Gesundheitskrise, knüpfen Frauen an diese Bewegung an.

Im Folgenden ein Beitrag des Nachrichtenportals Salud con lupa über die neuen Gemeinschaftsküchen. Der Text und die Fotos sind von Leslie Moreno Custodio.



65% der Gemeinschaftsküchen in Lima haben nur Lebensmittel, um eine Mahlzeit pro Tag zuzubereiten. Foto: Leslie Moreno Custodio.

Angeichts eines mit der Pandemie überforderten Staates ist eine Gruppe peruanischer Frauen angetreten, eines der größten Probleme der Krise anzugehen: den Hunger in den am stärksten gefährdeten Gebieten der Hauptstadt.

In den schlimmsten Monaten des Gesundheitsnotstands begannen in den ärmsten und entlegensten Gebieten Limas Hunderte von weißen Flaggen zu wehen. Sie waren ein stiller Hilferuf: ein Symbol für den Hunger in den Häusern, bei denen die staatlichen Hilfen nie erreicht wurden. Bald verbreitete sich an den Stadträndern die schlimme Gewissheit, dass Hunger mehr töten kann als ein unbekanntes Virus. In einem Land, in dem fast sieben Millionen Menschen durch die Pandemie ihren Arbeitsplatz verloren haben, ist die Unsicherheit, nicht genug zu essen zu haben, zu einem dringenden und massiven Problem geworden. Aus diesem Grund organisiert sich

seit einigen Monaten eine Gruppe von Frauen aus verschiedenen Distrikten freiwillig, um mit Hilfe von Spendengeldern etwas gegen den schrecklichen Hunger Tausender von Peruaner*innen zu tun.

Sie versammeln sich, verwalten die Lebensmittel und kochen Mahlzeiten, im Wissen um die Skrupellosigkeit hunderter Beamter, die sich laut Kontrollbehörde die für die bedürftigsten Haushalte vorgesehenen Lebensmittelpakete unter den Nagel gerissen haben. Nach Angaben der Stadtverwaltung von Lima gab es bis Ende September 622 Gemeinschaftsküchen (Olla comunitaria = wörtlich „Gemeinschaftseintopf“) in 29 Bezirken, die zur Ernährung von mehr als 70.000 Bürger*innen beitragen, davon fast 19.000 Kinder unter fünf Jahren.

Der Ernährungsnotstand erfordert jedoch nicht nur eine flächendeckende Versorgung, sondern vor allem eine ausgewogene Ernährung. Die Küchen haben viele Privatspenden erhalten, allerdings waren 75 Prozent davon Kohlenhydrate und nur 25 Prozent Proteine, Obst und Gemüse. Ohne öffentliche Mittel wird diese Initiative auch weiterhin von der Selbstverwaltung und der Tatkraft von Frauen abhängen, die ihre Gesundheit riskieren und ihre Zeit opfern, um die vom Staat hinterlassene große Lücke zu füllen. „Es gab zwar vereinzelte Bemühungen, aber keine umfassende Strategie. So kann man keine offizielle Politik formulieren“, sagt Eduardo Zegarra, Mitglied der Forschungsgruppe Grade (Grupo de Análisis para el Desarrollo). Aufgrund der mangelnden staatlichen Unterstützung gibt es auch keinen Überblick darüber, wen die Gemeinschaftsküchen erreichen und ob sie über ausreichend Lagerkapazitäten verfügen.

Viele der Frauen in den Gemeinschaftsküchen waren vor der Pandemie Hausangestellte. Als der Gesundheitsnotstand eintrat, stellten ihre Arbeitgeber sie vor die Wahl: entweder blieben sie für die Dauer der Krise bei ihnen im Haus oder sie verloren ihren Arbeitsplatz. „Sie sagten mir, ich solle weitermachen, aber nicht nach Hause gehen, bis all dies vorüber ist. Sie haben nicht daran gedacht, dass ich einen Sohn im Teenageralter habe, dass ich einen Partner habe, gar nichts. Und obendrein wollten sie mir sehr wenig bezahlen“, sagt Isabel Ccancce. Neben der Arbeit als Hausangestellte müssen sich die Frauen auch um die Erziehung und Betreuung der eigenen Kinder kümmern. Diese Doppelbeschäftigung wird ihnen in der Regel automatisch und ohne jede Art von Rücksichtnahme abverlangt. Nach Angaben der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik bringen Frauen dreimal so viel Zeit für unbezahlte Arbeit wie Männer auf – eine Belastung, die fast immer die Armen betrifft.

Wie die meisten Initiativen berechnen die Gemeinschaftsküchen einen Sol (25 Cent) pro Teller Essen – weniger als der Normaltarif im öffentlichen Verkehr. Wer sich diesen Betrag nicht leisten kann, hilft als Gegenleistung beim Abwasch oder unterstützt auf andere Weise.

Eine der schwierigsten Aufgaben ist es, das Holz zum Feuermachen zu besorgen. An den Hängen der Hügel von San Juan de Lurigancho, Pachacamac und Villa María del Triunfo – den Stadtvierteln, in denen sich viele Gemeinschaftsküchen befinden – findet man als „Brennholz“ nur Holzbretter unter den Abfällen auf den Straßen. Sie werden zu Tagesbeginn gesammelt, mehr als

hundert Menschen werden damit an einem einzigen Arbeitstag ernährt. „Hier helfen wir uns alle gegenseitig, denn das ist für alle. Manchmal sind wir mutlos, wenn es keine Lebensmittel gibt, aber wir machen trotzdem weiter. Wenn es heute nichts zu essen gibt, dann gibt es morgen etwas“, sagt Lourdes Sosa, Mitglied der Gemeinschaftsküche in Villa María del Triunfo.

Im Juli dieses Jahres wurde im Kongress ein Gesetzentwurf eingebracht, mit dem ausnahmsweise die Gemeinschaftsküchen anerkannt werden sollten. Ziel war, sie bis zwölf Monate nach Ende des Gesundheitsnotstands in das Gesetz 30790, das Gesetz über die Volksküchen, aufzunehmen. Doch der Gesetzentwurf wurde angesichts einer Reihe politischer Skandale vergessen.

Während sich die Behörden in lächerliche Auseinandersetzungen verstricken, teilen sich die Frauen in den Gemeinschaftsküchen ihre Zeit zwischen der Betreuung ihrer eigenen Kinder und der freiwilligen Mitarbeit beim Kochen für Hunderte von Nachbar*innen auf. Es ist nicht nur eine Frage der Solidarität, sondern etwas viel Elementareres: die Überzeugung, dass ohne ihre Arbeit viele Menschen nicht überleben könnten. In einem der Länder mit der höchsten Sterblichkeitsrate von Covid-19 verschärft der Hunger nicht nur die Krise, sondern ist auch ein Beleg für die unüberwindbare Kluft zwischen den Regierenden und dem Volk.

Text und Fotos: Leslie Moreno Custodio

Übersetzung: Annette Brox

<https://saludconlupa.com/noticias/el-auxilio-de-las-ollas-comunitarias-la-lucha-de-cientos-de-mujeres-contra-el-hambre-en-la-pandemia/>



Daisy Esteban sammelt Holzbretter, um Feuer zu machen. In Jicamarca/San Juan de Lurigancho/Lima. Foto: Leslie Moreno Custodio.



In 29 Distrikten von Lima haben sich mehr als 600 Gemeinschaftsküchen (ollas comunes) registriert. Foto: Leslie Moreno Custodio.



Lucia Farfan und die anderen Frauen, die die Gemeinschaftsküche in San Pablo Mirador/Pachacamac/Lima betreiben. Vor Corona haben sie alle als Hausangestellte gearbeitet. Foto: Leslie Moreno Custodio.



Die Volksküche "Solidarische Hände" in Villa Maria de Triunfo/Lima versorgt jeden Tag 100 Personen . Foto: Leslie Moreno Custodio.

9. Freihandelsvertrag: freie Fahrt für Pommes und Milch aus der EU

Die durch den Freihandelsvertrag zollfreien Landwirtschaftsimporte aus der EU verdrängen die Mehrheit der landwirtschaftlichen Familienbetriebe Perus, die für den einheimischen Markt produzieren.

Für die Minderheit der Kleinbetriebe, die auch für den Export produzieren, haben sich Chancen bei der Ausfuhr einiger ihrer Produkte ergeben.

Dies ist das Fazit [einer Studie](#) zu den Auswirkungen des Freihandelsvertrages zwischen der EU und Peru auf die kleinbäuerlichen Familienbetriebe in Peru. Die Studie wurde von der landwirtschaftlichen Vereinigung Conveagro (Convencion Nacional del Agro Peruano) in Kooperation mit der belgischen NGO SOS Faim von den peruanischen Forschern Eduardo Zegarra und Claudia Torres erstellt.

Im folgenden stellt Jimi Merk die Ergebnisse der Studie genauer vor:

Zusammenfassung der Auswirkungen: eine gemischte Bilanz

- Mit der Liberalisierung des Handels durch das Freihandelsabkommen mit der EU (und anderen Ländern) hat sich die **Landwirtschaftspolitik Perus nicht geändert**: es gab keine Hilfe oder Subventionen für die durch die subventionierten billigen Importe aus der EU benachteiligten Kleinbetriebe, die für den einheimischen Markt produzieren.
- Mit oder kurz nach Inkrafttreten des Freihandelsvertrags hat sich die Situation für die peruanischen Kleinbetriebe, die für den einheimischen Markt produzieren, durch die **großen Importmengen und die fallenden Preise der Importprodukte** verschlechtert: es droht durch den Konkurrenzdruck Verschlechterung der Situation bzw. die Verdrängung der Betriebe, die dieselben oder ähnliche Produkte anbauen.
- Auch für die Produkte der Kleinbauern, die (unter anderem) für den Export produzieren (Zuckermais, Bananen), und eigentlich vom Freihandelsvertrag profitieren sollten, hat sich die Situation einige Zeit nach Inkrafttreten des Vertrags ungünstig entwickelt: sie konnten zwar die exportierte Menge weiter steigern, allerdings **fielen die Preise ab**.
- Weil die vom Staat unterstützten großen Agrarexportfirmen vom Freihandelsvertrag profitierten, während die Bilanz für die Kleinbetriebe eher schlecht bzw. für die exportierenden Kleinbetriebe nur begrenzt vorteilhaft war, haben sich durch den Freihandelsvertrag die **Gegensätze in der peruanischen Landwirtschaft verstärkt**.



Polnische Milch im Sonderangebot in peruanischem Supermarkt. Foto: Hildegard Willer

Die Ausgangssituation: Landwirtschaftspolitik in Peru und der EU

Das Verhältnis der Handelspartner EU und Peru ist asymmetrisch. Auch in der Landwirtschaft sind die Unterschiede zwischen den Familienbetrieben in der EU und in Peru sehr groß. Einer von vielen Gründen dafür ist die unterschiedliche Landwirtschaftspolitik der EU und der peruanischen Regierungen.

Peru hat sich zum Ziel gesetzt, auch in der Landwirtschaft zum wichtigen Exportland zu werden. Der Export Perus besteht bisher zu über 60 Prozent aus Mineralien und nur zu 19 Prozent aus Agrarprodukten – letzterer ist in den letzten Jahren aber stark angestiegen. Die Regierung unterstützt zu diesem Zweck vor allem die großen Agrarfirmer, die in den letzten zwei Jahrzehnten stark gewachsen sind. Ein Problem dieser Entwicklung ist, dass sie sich in einigen Zonen an der Küste und (für die Palmölproduktion) im Amazonasgebiet konzentriert. Es herrschen in diesen Betrieben schlechte Arbeitsbedingungen, außerdem sind die Produktionsbedingungen nicht nachhaltig wegen des hohen Wasserverbrauchs und des Einsatzes von Agrarchemikalien. Das im Jahr 2000 beschlossene Gesetz zur Förderung der Landwirtschaft („Promoción agraria“) enthält steuer- und arbeitsrechtliche Vorteile für große Agrarexportfirmen – und reduzierte arbeitsrechtliche Standards für die Arbeiter*innen dieser Firmen. Erst durch massive Proteste der Landarbeitenden im Dezember 2020 wurde dieses Gesetz gekippt.

Familienbetriebe ohne Förderung

95 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe Perus sind Familienbetriebe, in denen 2,2 Millionen Kleinbäuerinnen und -bauern arbeiten. 80 Prozent von ihnen produzieren für den internen Markt

und bekommen kaum Unterstützung vom Staat: nur 4,2 Prozent von ihnen erhalten technische Unterstützung, 9,2 Prozent haben Zugang zu Fortbildungen und Krediten. Sie betreiben vor allem Viehzucht und bauen Mais, Reis, Kartoffeln und verschiedene Getreide an.

320.000 Familienbetriebe bauen (auch) für den Export an und erhalten vom Staat eine begrenzte Unterstützung. Ihre wichtigsten (Export-)Produkte sind Kaffee, Kakao, Bananen, Mango, Avocado, Spargel, Limonen und Quinoa.

Von den großen Agrarexportfirmen haben 45 Prozent Zugang zu technischer Hilfe, 55 Prozent zu Qualifizierung und 31 Prozent zu Krediten.

Eine zentrale Strategie der peruanischen Handelspolitik war in den letzten Jahren der Abschluss von Freihandelsverträgen, die wichtigsten davon mit den USA (2009) und mit der EU (2013). Die USA und Europa haben große Exportkapazität, sind aber auch große Märkte für peruanische Produkte. Peru hat inzwischen 22 Freihandelsabkommen mit mehr als 50 Ländern. Diese Liberalisierung des Handels war nicht begleitet von einer deutlichen Veränderung der internen Agrarpolitik, der Hilfe und Subventionierung der bäuerlichen Familienbetriebe.

Im Unterschied dazu unterstützt die EU im Rahmen ihrer Gemeinsamen Agrarpolitik die Landwirte der EU-Länder. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Produktivität der Betriebe und die Sicherung eines angemessenen Lebensniveaus der Landwirte. Sie subventioniert die Betriebe und bietet ihnen technische Unterstützung für Anbau und Vermarktung. Sie schützt die europäische Landwirtschaft durch Zölle und andere Maßnahmen. Dass auch in der EU die großen Betriebe mehr von der Agrarpolitik profitieren, findet in der Studie keine Erwähnung. Auch die EU setzt auf Freihandel.

Der Freihandelsvertrag der EU mit Peru....

Über diesen Vertrag, der 2013 in Kraft getreten ist, haben wir bereits [mehrfach berichtet](#).

Das peruanische Außenhandelsministerium nannte als Ziel des Vertragsabschlusses die Sicherung neuer Märkte für peruanische Produkte, die Entwicklung konkurrenzfähiger Exportprodukte und die Förderung von Handel und Investitionen.

Die Unterzeichnung des Vertrags wurde von den wichtigen Gremien der Unternehmen, unter anderem von den Agrarexportfirmen, unterstützt. Die Vertreter*innen der für den internen Markt produzierenden Kleinbauern äußerten sich kritisch zum Vertrag angesichts des Asymmetrie der Handelsbeziehungen. Diese Verträge führen nach ihrer Einschätzung zu billigen Importen aus Ländern, die ihre Produkte subventionieren, die dann mit einem Preisvorteil mit den peruanischen Produkten für den internen Markt konkurrieren.

Im Rahmen der Verhandlungen hat Peru sich verpflichtet, das bisher gültige System zur Stabilisierung der Preise einiger Agrarprodukte (*franja de precios*), z. B. für Mais und Milchprodukte, aufzulösen. Es sollte nur für Produkte weiter gelten dürfen, die von der EU subventioniert werden. Gleichzeitig hat die EU die Forderung, interne Hilfen in den EU-Ländern (wie die Subventionen für die Produktion) abzubauen, abgelehnt. Das seien interne politische Maßnahmen.

... und seine Auswirkungen für die bäuerlichen Familienbetriebe

Eine Studie des Außenhandelsministeriums von 2019, sechs Jahre nach Inkrafttreten des Vertrags, erweckt Zweifel am handelspolitischen Nutzen des Vertrags für Peru: In dieser Zeit ging der Wert der peruanischen Exporte in die EU jährlich im Durchschnitt um 2,2 Prozent zurück, wobei die traditionellen Exporte sehr stark sanken, während die nichttraditionellen Exporte (auch aus dem Agrarbereich) um über 9 Prozent zunahmen.

Laut einer [Studie von Alarco und Castillio von 2018](#) verdoppelten sich zwischen 2005 und 2010, also vor Abschluss des Vertrags, sowohl die Exporte in die als auch die Importe aus der EU, nach 2014 nahmen beide ab.

Die Diversifizierung peruanischer Exportprodukte ist laut dieser Studie gering.

Der Handel Perus mit der EU im Bereich der Agrarprodukte zeigt insgesamt eine für Peru sehr günstige Bilanz, die nach dem Abschluss des Vertrags weiterbestand bzw. sich noch verbesserte. Die Exporte Perus (vor allem Früchte) wuchsen beständig, die Importe aus der EU (Weizen-, Milch- und Nahrungsmittelfertig- und teilverarbeitete Produkte) dagegen nur moderat.

Die Importe aus der EU im Bereich der Produkte der bäuerlichen Familienbetriebe sind ab 2009 mit Unterbrechungen stark gestiegen, die Importe im Bereich der Nicht-Familien-Betriebe sind ebenfalls ab 2009 stark gestiegen. Die Importe von Getreide, Milchprodukten, Weizenprodukten, Gemüse und verarbeiteten Früchten, darunter verarbeitete Kartoffeln, konkurrieren mit Produkten der Familienbetriebe.

Exportschlager Bananen, Quinoa und Kakao

Die Exporte in die EU im Bereich der Produkte der bäuerlichen Familienbetriebe sind von 2003 bis 2011 gestiegen, dann gefallen und stagnieren seit 2013, während die Exporte der Nicht-Familien-Betriebe seit 2003 steigen und seit 2015 stark steigen. Während der Kaffee-Export eingebrochen ist, wächst der Export von Früchten (Bananen), Getreide (Quinoa) und Kakao. Exportprodukte mit Verbindung zur kleinbäuerlichen Landwirtschaft sind Kaffee, Kakao, Bananen, Quinoa, Mais, Baumwolle, Kartoffeln, Fertiggerichte, Weizen, Gerste und Reis.

Bezüglich der Mengen- und Preisänderungen bei Importen aus der EU unterscheidet die Studie folgende Kategorien:

1. Steigende Menge und sinkende Preise: verschiedene Kartoffelprodukte, , Milch- und Schokoladeprodukte, Marmelade. Hier entsteht potenziell der größte Schaden für den einheimischen Markt durch Verdrängung von und sinkende Preise für einheimische Produkte.
2. Steigende Menge und steigende Preise: Fertigprodukte -, Pfirsiche, Kartoffelstärke. Auch in diesem Fall kann es negative Auswirkungen durch Verdrängung von Produkten geben, wenn die Importmenge sehr groß ist.

Bei den Exportprodukten sind es in der Kategorie

1. Kakao, Quinoa, Bananen und Kartoffelprodukte mit jeweils stark steigenden Mengen und leicht sinkenden Preisen
2. Mais und Reis.

Beispiele für den Import bestimmter Produkte und seine Auswirkungen

☐ **Vorfrittierte Kartoffeln**

Der Import der vorfrittierten Pommes aus der EU hat sich seit 2010 verdreifacht. Nach 2013 fiel der Preis dieser Importprodukte stark ab, seit 2015 stagniert er. Dies hat Auswirkungen auf Preis und verkaufte Menge einheimischer Kartoffelprodukte. Die importierten Pommes Frites haben in den letzten beiden Jahren 23 Prozent der Menge der auf dem Markt in Lima angebotenen Kartoffeln ausgemacht. Dies zeigt, dass der Import eine wichtige Auswirkung durch die Verdrängung einheimischer Kartoffelprodukte hat. Der Kartoffelpreis ist seit 2010 stagnierend bzw. leicht steigend mit einem „Ausreißer“ nach oben 2015/2016. Der jetzige Kartoffelpreis liegt etwas über den Produktionskosten, es können also keine größeren Gewinne gemacht werden. Zusammen genommen zeigen diese Tendenzen einen potenziell negativen Effekt auf die nationale Kartoffelproduktion, die vor allem von den Familienbetrieben hergestellt wird.

☐ **Milchpulver**

Seit 2010 nahmen die Milchpulver-Importe aus der EU stark zu, allerdings mit starken Schwankungen. Die seit 2006 mit ebenfalls starken Schwankungen steigenden Preise stürzten nach 2013 ab und stagnieren in den letzten Jahren. Dies hat eine potenziell negative Auswirkung auf die nationalen Produzent*innen von Frischmilch, das sind überwiegend Familienbetriebe: Die Preise für ihre Produkte sind seit 2005 nur leicht gestiegen.

☐ **Käse**

Die Käse-Importe aus der EU sind seit 2013 stark gestiegen, während die von 2003 bis 2013 ebenfalls stark gestiegenen Preise danach bis heute stark gefallen sind. Diese Entwicklung stellt ebenfalls einen potenziellen Schaden für die nationale Produktion von Käse dar, ebenfalls ein Produkt der bäuerlichen Familienbetriebe.

Beispiele für den Export bestimmter peruanischer Produkte der bäuerlichen Kleinbetriebe und seine Chancen

Der Freihandelsvertrag mit der EU hat für einige Exportprodukte der bäuerlichen Familienbetriebe Handelsvorteile gebracht.

☐ **Zuckermais**

Die Menge des von Peru in die EU exportierten Zuckermaises ist seit 2003 – mit „Einbrüchen“ 2008 und 2011 – bis heute stark angestiegen. Die von 2006 bis 2008 stark gestiegenen Preise stagnierten danach und fielen nach 2013 leicht ab, was den positiven Effekt der gestiegenen Absatzmenge begrenzt hat.

☐ **Quinoa**

Die Menge der von Peru in die EU exportierten Quinoa stieg von 2012 bis 2016 stark an und fiel danach leicht ab. Die Preise stiegen von 2012 bis 2014 ebenfalls stark an, fielen danach aber um weit über die Hälfte ab und stabilisierten sich ab 2016 auf niedrigem Niveau.

☐ **Bananen**

Menge und Preise der von Peru in die EU exportierten Bananen stiegen ab 2003 bzw. 2004 stark an und fielen ab 2017 leicht ab.

Empfehlungen der Studie für die Landwirtschaftspolitik

- ☐ Bei bestimmten EU-Importprodukten, die durch Menge und Preis die peruanischen Kleinbäuerinnen und -bauern gefährden, die ähnliche Produkte anbauen bzw. herstellen, sollte der peruanische Staat für den Handel Schutzmaßnahmen ergreifen. Hier sieht das peruanische Recht die **Einsetzung von Anti-Dumping-Maßnahmen oder die Zahlung von Subventionen** als Kompensation vor.
- ☐ Für diesen Fall müssten die Kleinbauern **vom Staat technisch unterstützt werden, damit sie ihre Ansprüche geltend machen können.**

- ☐ Zum Schutz der nationalen Produktion müsste die **Modifizierung des früher gültigen Systems zur Stabilisierung der Preise einiger Agrarprodukte (franja de precios)** aufgehoben werden.
- ☐ Es müsste die **Herkunftsbezeichnung der Produkte geregelt** werden, damit die Konsument*innen wissen, ob sie ein nationales oder importiertes Produkt kaufen.
- ☐ Es sollten die **Produktionsketten und die Zusammenschlüsse der Export-Produzent*innen gestärkt**
- ☐ Die **Diversifizierung der Exportprodukte** müsste unterstützt werden durch Marktstudien, Fortbildungen und Zertifizierung.
- ☐ Es sollte die **biologische Produktion** unterstützt werden und die Garantie einer Produktion, die **frei ist von gentechnischen Veränderungen und vom Einsatz von Agrarchemikalien**.

Der Link zur Studie [Informe TLC Perú UE papa leche](#)

Jimi Merk

10. Melissa Alfaro – die Gerechtigkeit lässt auf sich warten

Die damals 23-jährige Melissa Alfaro wurde vor 29 Jahren von einer Briefbombe getötet. Bis heute warten ihre Angehörigen darauf, dass die Täter gefasst und bestraft werden.

Melissa Alfaro Méndez studierte Journalistik an der Fachhochschule Bausate y Meza in Lima und arbeitete zuerst als Volontärin und später als Leiterin der Informationsabteilung der Wochenzeitschrift „Cambio“, die in dieser Stadt erschien. Am Nachmittag des 10. Oktober 1991, als sie sich in ihrem Büro befand, öffnete sie ein als Päckchen getarnte Bombe, die an den Chefredakteur der Zeitschrift adressiert war. Der Sprengstoff explodierte beim Öffnen und tötete Melissa. Sie wurde 23 Jahre alt.

Wenige Tage nach dem Attentat reichte Carlos Arroyo, Chefredakteur der Wochenzeitschrift „Cambio“, eine Strafanzeige bei der peruanischen Generalstaatsanwaltschaft (spanisch Fiscalía de la Nación) wegen des Verbrechens des schweren Totschlags von Melissa Alfaro Méndez ein. Auch Fernando Alfaro Venturo, Melissas Vater und damals Vizepräsident in der Regierung der Region Pucallpa, reichte eine Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft (spanisch Ministerio Público) ein. Diese Strafanzeige wurde an die 17. Provinz-Staatsanwaltschaft Limas (spanisch Fiscalía Provincial Penal de Lima) weitergeleitet.

Die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft und der Polizei ergaben, dass es sich bei dem für die Bombe benutzten Sprengstoff um 200 Gramm ANFOs –einen gelatinösen Sprengstoff– handelte. Diese Sprengstoffart wird ausschließlich vom Militär benutzt und wurde schon am 15. März 1991 beim Attentat gegen Herrn Dr. Augusto Zúñiga eingesetzt. Herr Zúñiga war Rechtsberater des peruanischen gemeinnützigen Vereins Menschenrechtskommission (spanisch Comisión de Derechos Humanos – COMISEDH) und verlor bei diesem Attentat den rechten Arm. Drei Tage nach dem Tod Melissa Alfaro bekam Ricardo Letts Colmenares, zu diesem Zeitpunkt Abgeordneter im peruanischen Parlament, in seinem Abgeordnetenbüro eine ähnliche, als Päckchen getarnte Bombe, die deaktiviert werden konnte.



Melissa Alfaro bei einem Interview

Amnestie für Militärs – Untersuchungen eingestellt

Die Untersuchungen rund um den Tod Melissa Alfaro wurden wie viele andere Fälle von Menschenrechtsverletzungen abgebrochen, nachdem am 5. Mai 1992 der damalige peruanische Präsident Alberto Fujimori einen Staatsstreich durchführte, das Parlament ohne Vorankündigung auflöste, die verfassungsmäßigen Rechte der Judikative suspendierte und ein neues Amnestiegesetz für Militärs und Polizisten, die wegen Menschenrechtsverletzungen angeklagt waren, verabschiedete.

1993 wurde eine Pressemitteilung des von Militärangehörigen gebildeten paramilitärischen Kommandos „Schlafender Löwe“ (spanisch León Dormido) in der Zeitschrift „Sí“ veröffentlicht. Dieses Dokument beschuldigte den Armeeeoffizier Víctor Penas Sandoval als einen der mutmaßlichen Täter und erwähnte außerdem die Namen anderer Militärangehörige vom höheren Rang.

Später, im Laufe der Untersuchungen der von der peruanischen Regierung eingesetzten Kommission für Wahrheit und Versöhnung (spanisch Comisión de la Verdad y Reconciliación – CVR), lieferte das Nationale Sicherheitsarchiv der USA (englisch National Security Archive) freigegebene geheime Dokumente, in denen darauf hingewiesen wurde, dass der ehemalige peruanische Präsident Alberto Fujimori und sein ehemaliger Berater Vladimiro Montesinos Torres über die Tötung von Journalisten mittels Briefbomben wussten und diese genehmigten. In diesen Dokumenten wird darauf verwiesen, dass das für die Vorbereitung und Zusendung der Briefbomben zuständige Personal von ausländischen Sonderkommandos im damaligen Ausbildungslager des Heeres der Streitkräfte der Vereinigten Staaten, genannt United States Army School of the Americas, in Lateinamerika besser bekannt als Escuela de las Américas, ausgebildet wurde.

Hinweise auf Täter innerhalb der Armee

Im November 2004 wurden die schon vorhandenen Hinweise bekräftigt durch die veröffentlichten Enthüllungen im Buch „Tod im kleinen Pentagon“ (spanischer Titel: Muerte en el Pentagonito. Als Pentagonito bezeichnet man in Peru umgangssprachlich den Sitz des Hauptquartiers des Heeres in der Hauptstadt Lima) des peruanischen Journalisten Ricardo Uceda. Im Buch wird die Zeugenaussage von Jesús Sosa Saavedra erwähnt, einem ehemaligen Mitglied des von Militärangehörigen gebildeten paramilitärischen Kommandos „Colina“ (das Kommando „Colina“ war eine nachrichtendienstliche Abteilung für geheime, außerhalb von rechtstaatlichen Normen durchgeführte Sondereinsätze innerhalb der Direktion des Nachrichtendienstes des peruanischen Heeres). Die Aussage Sosa Saavedras verweist auf den Kapitän des peruanischen Heeres Víctor Penas Sandoval als Verantwortlichen für die Attentate. Dieser stellte die als Päckchen getarnten Bomben her und versendete sie.

Nach dieser Veröffentlichung unternahm Norma Méndez, die Mutter Melissas, einen neuen Versuch auf der Suche nach Gerechtigkeit und reichte eine Strafanzeige bei der Spezialisierten Staatsanwaltschaft für Verbrechen gegen die Menschenrechte (spanisch Fiscalía Especializada en Delitos contra los Derechos Humanos) ein.

Am 15. Oktober 2009 entschied die Spezialisierte Staatsanwaltschaft für Verbrechen gegen die Menschenrechte einen Strafantrag einzureichen gegen Alberto Fujimori, Vladimiro Montesinos Torres, Julio Rolando Salazar Monroe und Pedro Edilberto Villanueva Valdivia als mittelbare Täter sowie gegen Víctor José Penas Sandoval als unmittelbaren Täter der Begehung des Verbrechens gegen Leben, Körper und Gesundheit – schwere Tötung – an den Personen von Ruth Melissa Alfaro Méndez und Víctor Hugo Ruíz León und für das Verbrechen des schweren versuchten Totschlags an den Personen von Alejandro Augusto Zúñiga Paz und Ricardo Letts Colmenares. Der ehemalige peruanische Präsident Alberto Fujimori wurde vom Prozess ausgeschlossen, weil zu diesem Zeitpunkt der gegen ihn gestellte Auslieferungsantrag noch nicht entschieden war.

Fujimori hatte sich zuerst nach Japan und später nach Chile abgesetzt. Nach der Begnadigung Fujimoris im Jahr 2017 hat sich seine Rechtslage zum heutigen Tag geändert, sodass ein Antrag auf Einleitung einer Untersuchung gegen ihn gestellt wurde.

Aktuell befindet sich der Fall beim Nationalen Strafgerichtshof (spanisch Sala Penal Nacional). Der Gerichtssenat wird mit folgenden Richtern besetzt: Miluska Cano López, Omar Pimentel Calle und Otto Verapinto Márquez.

Am 23. November 2018 fand die Anhörung zur Anklageprüfung statt. Das Gericht legte den 18. Juli 2019 fest als Termin für den Beginn der Gerichtsverhandlung. Am 26. Juli 2018 hob die Gerichtskammer des Nationalen Strafgerichtshof ihre eigene Entscheidung auf und annullierte den Beginn der Gerichtsverhandlung. Als Grund dafür wurde die Zulassung zum Verfahren einer vom Angeklagten Julio Rolando Salazar Monroe vorgelegten Rechtssache angegeben. Die Verteidigung Salazar Monroes behauptete, dass es an Beweisen für eine Anklage gegen ihn mangelt. Der Antrag Salazar Monroes und seine Zulassung durch die Gerichtskammer ist sehr ungewöhnlich, da während der Anhörung zur Anklageerhebung am 23. November 2018 alle Zweifel hätten hervorgebracht und geklärt werden sollen.

Erst am 8. August 2019 beschloss die 2. Oberste Strafverfolgungsbehörde mittels Entscheid Nr. 87-18-2FSON-MP-FN, dass es keine Gründe für eine Aussetzung des Gerichtsverfahrens gibt und dass ein neuer Termin für den Beginn der Gerichtsverhandlung festgelegt werden soll. Dieser neue Termin wurde bis zum heutigen Tag nicht festgelegt.

Die Familie von Melissa Alfaro Méndez wartet immer noch auf Gerechtigkeit.

Yuri Lévano García

11. Hafentelegramm: Kleines Chancay – großes China

Nördlich von Lima soll der größte Containerhafen Südamerikas gebaut werden. Mit an Bord: die Chinesen und der Rohstoffriese Glencore

Worum geht es ?

Der pazifische Ozean an der langen peruanischen Küste dient nicht nur dem Fischfang, dem Tourismus oder als Müllplatz für Mikroplastik sondern auch dem Umschlag von Produkten und Erzeugnissen in den zahlreichen Häfen. Der größte Hafen ist der von Callao, bei Lima. In der geräumigen Bucht bei der kleinen Fischerstadt Chancay soll nun der größte Container-Hafen Südamerikas entstehen. Chancay liegt 90 km nördlich von Lima.

Die bisherige Hafeneinfahrt wird um 17 Meter vertieft. Damit können die größten Containerschiffe bis zu einer Länge von 400 und einer Breite von 60 Metern anlegen. Das ist in keinem anderen Hafen Südamerikas möglich. Als Zufahrt zum Hafen wird ein Tunnel von ca. zwei Kilometern gebaut, der unter der Stadt Chancay hindurchführt. Im Hafen gibt es Parkmöglichkeiten für bis zu 200 Lastwagen.

Das Projekt wird 992 Hektar umfassen.



Der geplante Großhafen Chancay. Foto: ANDINA/Difusion

Was hat China damit zu tun und wozu soll der Hafen dienen?

Die peruanische Regierung unter Ex-Präsident Vizcarra und dessen Transportminister Jara unterschrieben am 13. Mai 2019 mit der chinesischen Firma Cosco Shipping Ports (China Ocean Shipping Company) und dem Bergwerksunternehmen Volcan einen Vertrag zur Errichtung dieses Großhafens. COSCO ist der größte weltweite Hafenkonzern. Volcán betreibt unter anderem die größte Silbermine Perus bei Huaral und die Bergwerke in der schadstoffverseuchten Stadt Cerro de Pasco. Volcán gehört heute mehrheitlich dem Schweizer Rohstoffkonzern Glencore.

Die Investitionen sollen mindestens drei Milliarden Dollar betragen und sollen als Öffentlich-Privates Partnerschaftsprojekt durchgeführt werden.

Dienen soll der Hafen u.a. dazu, Soja und andere landwirtschaftliche Produkte aus Brasilien schneller und günstiger nach Asien, vor allen Dingen nach China zu transportieren.

Der Hafen ist nicht Teil des großen Entwicklungsprojektes IIRSA (Projekt zur intensiven Entwicklung des Regenwaldes) wie es offiziell heißt. Damit könnten brasilianische Unternehmen einen Zugang vom Atlantik bis zum Pazifik bekommen. Wenn dann die Zuflüsse des Amazonas

ausgebaggert werden (Projekt Hidrovia – Wasserstraßenprojekt) können große Lastschiffe bis weit in den Regenwald hinein fahren, mit all den zu erwartenden sozialen und Umweltproblemen.

Die Bevölkerung protestiert

Seitens der Bevölkerung und Umweltorganisationen gibt es Einwände und Proteste: Bisher sind 89 gravierende Einwände gegen die vorgelegte Umweltverträglichkeitsstudie eingereicht worden. Die staatliche Kontrollbehörde für Umweltaspekte (Servicio Nacional de Certificación Ambiental – SENACE) hatte bis zum 27.11.2020 eine Frist zur Überarbeitung des Projekts gesetzt. Diese wurde von den Betreiberfirmen nicht eingehalten.

Die Bevölkerung protestiert, weil sie große Umweltschäden befürchtet, wie die Zerstörung des wichtigen Feuchtgebietes in der Bucht, und weil sie Angst hat, dass durch den Tunnelbau ihre darüber liegenden Häuser Risse bekommen oder einstürzen.

Die Bevölkerung wird von der Nationalen Menschenrechtskoordination und von der Umweltorganisation CooperAcción unterstützt.

Außerdem wandten sie sich an die neue Parlamentspräsidentin Mirtha Vásquez (eine engagierte Umweltschützerin und früher bei der Umweltorganisation Grufides, Cajamarca, tätig) und forderten eine effektive Mitsprachemöglichkeit der Zivilgesellschaft von Chancay innerhalb der damit befassten Parlamentskommissionen.

(Heinz Schulze aus: Servindi, 13.8.20. und 25.11.20, und lokalen Zeitungsberichten aus Chancay)

12. Kurz gemeldet Dezember 2020

Endlich: Bundeskabinett beschließt Gesetz zur ILO 169

Es hat lange gedauert: Am 2. Dezember hat das Bundeskabinett in Berlin ohne Diskussion den „Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 27. Juni 1989 über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern“ beschlossen. Die „ILO 169“ ist die einzige völkerrechtlich bindende Norm über indigene Völker. Sie beinhaltet u.a. Vereinbarungen über die vollständige Gewährleistung der Menschenrechte, über die Rechte auf kulturelle Identität und Traditionen, politische Partizipation, das Recht auf Land mitsamt dessen Ressourcen, auf Beschäftigung und angemessene Arbeitsbedingungen und auf Ausbildung und Zugang zu Kommunikationsmitteln.

Der Koordinierungskreis ILO 169, in dem auch die Infostelle Peru aktiv mitarbeitet, hatte sich im Rahmen einer Kampagne für die Ratifizierung eingesetzt. Nun muss der Bundestag dem Gesetzesentwurf noch zustimmen.

Schweiz und Peru unterzeichnen ein Abkommen für den Klimaschutz

Die Schweiz und Peru haben im Oktober ein Abkommen unterzeichnet, mit dem die Schweiz CO₂-Emissionen über Klimaschutzprojekte in Peru kompensieren kann. Es ist weltweit das erste Abkommen dieser Art unter dem Pariser Klimaabkommen. In dessen Rahmen hat sich die Schweiz verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber 1990 zu halbieren. Dies kann sie nun nicht allein mit Anstrengungen im eigenen Land, sondern auch durch die Förderung entsprechender Projekte in Peru tun, die ihr auf das eigene Reduktionsziel angerechnet werden.

Jürg Staudenmann, Klima- und Umweltexperte bei der Schweizer NRO Alliance Sud, kritisiert, das Abkommen stelle nicht sicher, dass die geförderten Klimaschutzmaßnahmen in Peru nicht auch ohne das Abkommen umgesetzt würden und somit keinen zusätzlichen Effekt hätten.

<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/mitteilungen.msg-id-80791.html>

<https://www.servindi.org/actualidad-opinion/27/11/2020/los-claroscuros-del-pionero-acuerdo-de-reduccion-de-emisiones-entre>

Mennonitische Gemeinden holzen mehr als 3.000 Hektar Regenwald ab

Von 2017 bis Oktober 2020 wurden 3.400 Hektar Wald in drei mennonitischen Kolonien im Amazonasgebiet gerodet, allein 2020 waren es 780 Hektar. Zwei Kolonien befinden sich in der Region Loreto, eine in Ucayali. Es gibt starke Indizien dafür, dass die Abholzungen illegal waren. Regionalregierung und Staatsanwaltschaft haben Ermittlungen eingeleitet.

<https://www.servindi.org/actualidad-noticias/27/10/2020/colonias-mennonitas-deforestan-mas-de-3-mil-hectareas-en-la-Amazonia>

Fünf Jahre Klima-Klage

Vor genau fünf Jahren, kurz vor der Pariser Klima-Konferenz, hat der peruanische Bauer und Touristenführer Saúl Luciano Lliuya beim Landgericht Essen Klage gegen den Energiekonzern RWE eingereicht. Denn ein durch die Klimaerwärmung schnell wachsender Gletschersee bedroht ihn – und alle Bewohner*innen der Andenstadt Huaraz – mit einer großen Flutwelle. Da RWE zu 0,5 Prozent für den menschengemachten Klimawandel mitverantwortlich sei, fordert Luciano von

dem Unternehmen diesen Anteil an der möglichen Schadenssumme durch die Flutwelle. Germanwatch unterstützt die Klima-Klage und hatte zu einer Online-Veranstaltung „Fünf Jahre Klima-Klage“ eingeladen. Lucianos Rechtsanwältin Roda Verheyen berichtete von fünf Jahren „Achterbahn“ im Klageverfahren. Die Klage Lucianos ist weltweit die einzige, die im Verfahren so weit fortgeschritten ist. (Wir haben mehrfach darüber berichtet.) Als nächstes steht ein Ortsbesuch in Huaraz zum Beweisantritt an. RWE habe das Verfahren durch Verfahrenstricks verzögert, es gelte Fragen im internationalen Kontext zu klären, und zuletzt habe natürlich auch die Corona-Krise das Verfahren verzögert, so Christoph Bals von Germanwatch. Jetzt hoffen alle, dass es im nächsten Jahr endlich weitergeht.

Peruanisches Verfassungsgericht lehnt Zivilehe von Oscar und Fidel ab

Vor vielen Jahren haben der Peruaner Oscar Ugarteche und der Mexikaner Fidel Aroche in Mexiko ganz legal geheiratet. In Mexiko (wie in Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Costa Rica oder Ecuador) ist eine Zivilehe zwischen gleichgeschlechtlichen Partner*innen möglich. Vor neun Jahren beantragte Oscar Ugarteche, sich auf eine Vereinbarung zwischen den mittel- und südamerikanischen Ländern beziehend, beim zuständigen peruanischen zentralen Personenregister RENIEC die Anerkennung seiner Ehe in Peru. Seit 2012 läuft das Verfahren vor der peruanischen Justiz. (Wir berichteten darüber.) Ein Richter gab ihm Recht, aber RENIEC weigerte sich und gab das Problem an das peruanische Verfassungsgericht weiter. Da lag es, und erst jetzt im November 2020 lehnte dieses Gericht die Anerkennung der Zivilehe ab. Im Vorfeld forderte unter anderem der Ombudsmann das Gericht auf, dem Kläger statt zu geben, weil das Klagebegehren von der peruanischen Verfassung garantiert sei. Verfassungsjuristen wiesen darauf hin, dass die Verfassung den Schutz der Familie garantiert, aber nicht festlegt darüber, dass diese Familie obligatorisch aus einem Mann und einer Frau bestehen muss.

Zum negativen Urteil meinte Oscar Ugarteche, dass er auf keinen Fall das Handtuch werfen wird. Er bringt seinen Fall jetzt vor den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte in Costa Rica. Dieser hat bereits mehrfach geurteilt, dass eine LGBTI-Familie nicht diskriminiert werden darf.

Neuer Bergbauminister will das Gesetz zur Vorabkonsultation ändern

Jaime Galvez Delgado, neuer Energie- und Bergbauminister, kündigte im 23. November ein Gesetz an, das die Vorabkonsultation (consulta previa) in eine „Vorabübereinkunft“ (acuerdo previo) umändern soll. Damit würden Bergbauprojekte beschleunigt und der Erdölsektor „attraktiver“ gemacht.

Der Prozess der Vorabkonsultation soll von bisher einem Jahr auf sechs Monate verkürzt werden, damit das Land für Investitionen wettbewerbsfähig bleibe. Der neue Mechanismus sei „wichtig für die Zukunft des Bergbaus in Peru“, deshalb hofft Galvez auf die Zustimmung der Zivilgesellschaft und der Unternehmen. Auch die umweltpolitischen Genehmigungen für den Bergbau dauerten „ein bisschen lang“, weshalb er dafür arbeite, sie abzukürzen.

Die Vorabkonsultation zu ersetzen und den Dialog zu reduzieren, bedeutet eine Einschränkung der Rechte der indigenen Gemeinschaften in Entscheidungsprozessen des Staates zu Investitionsprojekten. Bei der „Vorabübereinkunft“ würde es sich in der Regel um einen Vertrag zwischen dem Mineninhaber und der betroffenen Gemeinschaft handeln. Bei der „Vorabkonsultation“ hingegen wird der Vertrag zwischen dem Staat und der Gemeinschaft geschlossen. Mindestens zwei Drittel der Gemeinschaft müssen der Nutzung ihrer Gebiete zustimmen. Die „Vorabkonsultation“ ist ein allgemeines Recht, das Gemeinschaften hilft und ermöglicht, an Entscheidungen des Staates, die sie betreffen können, teilzunehmen. Sie soll helfen, die möglichen Schäden zu minimieren und Menschenrechte nicht zu gefährden. Deshalb ist die „Vorabkonsultation“ eines der wichtigsten Rechte der indigenen Gemeinschaften. Die „Vorabübereinkunft“ kann also die „Vorabkonsultation“ nicht ersetzen.

Am 26. November forderte die „Coordinadora Nacional de Derechos Humanos“ die Regierung Sagasti auf, das Recht zur „Vorabkonsultation“ zu garantieren. Der Vorschlag von Minister Galvez stelle eine „Bedrohung für die Rechte der indigenen Völker“ dar.

<https://www.servindi.org/actualidad-noticias/23/11/2020/ministro-galvez-prepara-ley-para-cambiar-consulta-previa-en-sector>

<https://www.servindi.org/actualidad-opinion/24/11/2020/ministro-galvez-acuerdo-previo-no-es-igual-que-consulta-previa>

<https://www.servindi.org/26/11/2020/exigen-al-gobierno-de-sagasti-respeto-la-consulta-previa>

Mehr als 2.500 Brände auf indigenen Territorien

Die Brände geben keine Ruhe. Zwischen Januar und Februar dieses Jahres wurde 13.085 Brände im Land gemeldet, von denen 2.522 auf indigenem Territorium und 1.050 in indigenen Gebieten des peruanischen Amazonasgebietes auftraten. Mit 564 Bränden ist Ucayali die am meisten betroffene Region. An zweiter Stelle steht Loreto mit 303 Bränden in seinen indigenen Gemeinschaften.

Die Organisation Amazon Watch deckte auf, dass 218 Brände in Naturschutzgebieten gemeldet wurden. Diese Informationen stehen ihr aufgrund von Satellitenbildern der Überwachungsplattform

Amazon Watch Maps zur Verfügung. Die Organisation bestätigt, dass 90 Prozent der Brände von Menschen gelegt wurden.

2020 könnte für das Amazonasgebiet sogar noch schlimmer werden als 2019, als die Entwaldung um 85 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen war.

<https://www.servindi.org/actualidad-noticias/30/10/2020/mas-de-2500-focos-de-incendio-se-registran-en-territorios-indigenas>

Agrarministerium: nur ein neuer Name oder auch eine neue Ausrichtung?

Die Regierung Sagasti hat ein neues „Ministerium für landwirtschaftliche Entwicklung und Bewässerung“ gegründet, das das „Ministerium für Landwirtschaft und Bewässerung“ ersetzen soll und zum Ziel hat, die kleinbäuerliche Landwirtschaft und den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen zu fördern. Bisher wurden die großen Agrarexporteure gegenüber den kleinen Produzent*innen bevorzugt. 97 Prozent der 2,2 Millionen landwirtschaftlichen Produzent*innen arbeiten in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Die Organisation Conveagro (Convencion Nacional de Agro Peruano) hofft, dass es diesmal nicht nur eine Namensänderung, sondern auch einen Kurswechsel geben wird.

Mit diesem Gesetz zum neuen Ministerium werden auch Mechanismen geschaffen, um die Agrarpolitik zu dezentralisieren, und ihre Ergebnisse zu überwachen und zu bewerten.

Der neue Agrarminister Federico Tenorio hat in seinem ersten Interview angekündigt, das neue Ministerium effizienter zu machen und Lebensmittelimporte nach Peru nicht weiter zu fördern. Das Programm „Null Hunger („Hambre Cero“) soll konkretisiert und nachhaltig verbessert werden. Seine Mission sei es, „für die kleine Landwirtschaft zu arbeiten“.

Der Wirtschaftswissenschaftler Eduardo Zegarra begrüßt es, dass der Name des Ministeriums um den Begriff Entwicklung erweitert wurde. Dies impliziere, für den Wohlstand der Kleinbauern und eine nachhaltigen Ressourcennutzung zu arbeiten.

Die Umstrukturierung ist nicht unbedingt Ausdruck des politischen Willens der Regierung, sondern ein Ergebnis des Engagements der nationalen Landwirtschaftsbewegung. Die Conveagro hat angekündigt, das Handeln des neuen Ministeriums zu beobachten, bis sich wirkliche Veränderungen zeigen.

<https://www.servindi.org/actualidad-noticias/24/11/2020/ejecutivo-oficializa-creacion-del-ministerio-de-desarrollo-agrario-y>

zusammengestellt von Clara Uhlemann, Heinz Schulze und Annette Brox

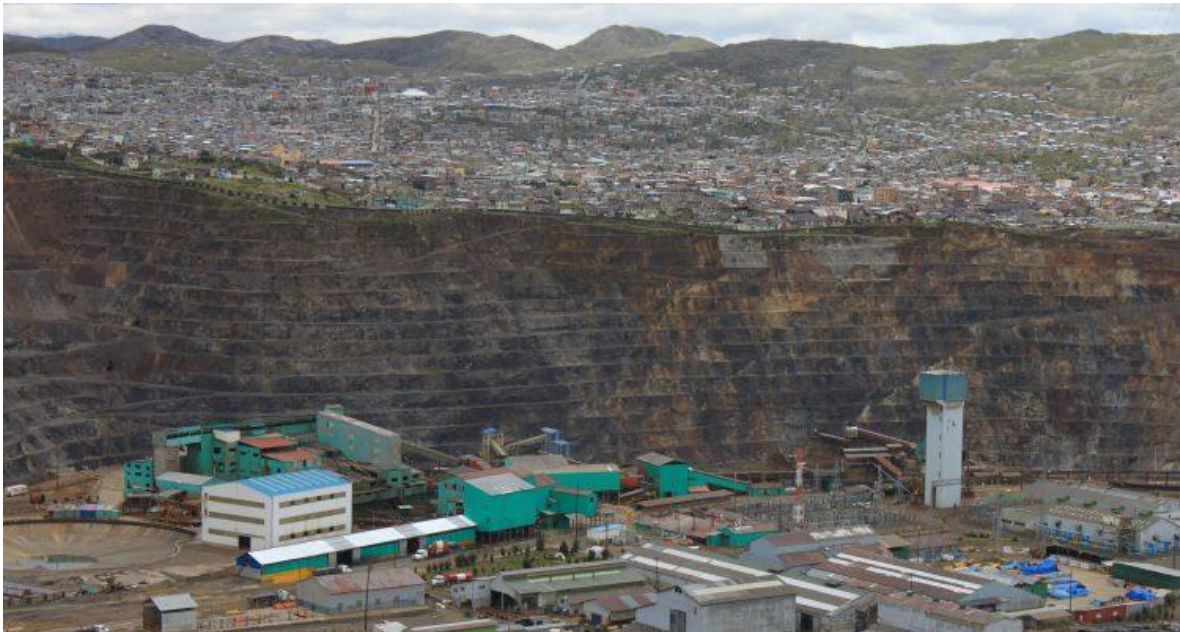
13. Die Schweiz darf weiter Menschenrechte verletzen

Am 29. November hat das Schweizer Stimmvolk die Konzern-Initiative knapp abgelehnt, welche Schweizer Konzerne dazu verpflichten wollte, Umweltstandards und Menschenrechte auch im Ausland einzuhalten – zum Beispiel in Peru.

Am 29. November wurde in der Schweiz über die Konzern-Initiative abgestimmt. Die Initiative, die durch ein Volksbegehren zu Stande kam, forderte – wie die Initiative Lieferkettengesetz in Deutschland – dass sich transnationale Konzerne mit Sitz in der Schweiz bei ihrer Tätigkeit im Ausland an internationale Umweltstandards und Menschenrechte halten müssen. Für Verstöße sollten sie haftbar gemacht werden können – und zwar vor einem Schweizer Gericht. Dies hätte die Rechtslage von Betroffenen in Peru und vielen anderen Ländern des Globalen Südens drastisch verbessert, da gesetzliche Bestimmungen vor Ort oft umgangen werden. «Die peruanische Regierung macht sich zur Verbündeten der Konzerne, gerade im Bergbausektor, und viele Richterinnen und Staatsanwälte kooperieren. Kein Anwalt wagt es, eine Anzeige gegen einen Bergbaukonzern zu machen, denn er hat Repressalien zu befürchten und wird wahrscheinlich keine Klientinnen und Klienten mehr finden», sagte Oscar Mollohuanca, der ehemalige Bürger von Espinar (Cusco), im Vorfeld der Abstimmung.

Die Einwohner*innen von Espinar und Cerro de Pasco leiden seit Jahrzehnten unter den Bergbauaktivitäten des Schweizer Multis Glencore. Durch die Förderung von Metallen wie Kupfer werden in den umliegenden Orten landwirtschaftlich genutzte Böden, Flüsse und die Luft verschmutzt, und die Menschen sind einer so starken Belastung durch Schwermetalle ausgesetzt, dass viele von ihnen an chronischen Krankheiten leiden. Dies ist durch Studien des peruanischen Gesundheitsministeriums belegt, doch rechtliche Handhabe haben die Betroffenen in der Praxis dennoch nicht. «Wenn die Konzern-Initiative dazu führt, dass unsere Situation von Gerichten beurteilt wird, die unabhängig und auf Grund von Beweisen urteilen, wäre das eine große Erleichterung für uns, denn Beweise gibt es zur Genüge», betonte Oscar Mollohuanca im September.

Auch Jaime Borda, Generalsekretär der peruanischen NGO Red Muqui, welche indigene Gemeinden bei ihrem Kampf gegen den Bergbau begleitet, bestätigt dies: «Die Konzern-Initiative war sehr wichtig und wertvoll, denn die Gesetzgebung in Peru bevorzugt den Bergbausektor. Außerdem funktionieren die Kontroll- und Sanktionsmechanismen nicht immer, und Fälle werden verschleppt.» Durch eine Annahme der Initiative hätte man sich auf rechtliche Instanzen in der Schweiz berufen können und wäre nicht der flexiblen Rechtsprechung in Peru ausgeliefert gewesen.



Die Glencore-Mine im peruanischen Cerro de Pasco war eines der Hauptbeispiele der Initianten der Kampagne Foto: Hildegard Willer.

Schweizer Arbeitsplätze sind wichtiger als Menschenrechte

Der 29. November wird deshalb nicht nur für die Unterstützer*innen der Konzern-Initiative in der Schweiz als schwarzer Tag in die Geschichte eingehen, sondern vor allem auch für die zigtausenden von Menschen, die weltweit unter den gravierenden Schäden leiden, welche Schweizer Firmen vor Ort anrichten. Mehr als 130 Schweizer NGOS sowie verschiedene kirchliche, genossenschaftliche und gewerkschaftliche Vereinigungen hatten die Initiative unterstützt, die 2016 mit über 120.000 Unterschriften eingereicht wurde. Die Wirtschaftslobby lancierte jedoch eine starke Gegenkampagne, an welcher sich auch die Schweizer Regierung beteiligte. Justizministerin Karin Keller-Sutter zum Beispiel warnte, dass durch die Annahme der Initiative Schweizer Arbeitsplätze und der Schweizer Wohlstand gefährdet wären. Dies war bereits in vielen Abstimmungskämpfen ein Totschlag-Argument gewesen, dem gegenüber der Aufruf zu Humanität und Verantwortungsübernahme nur noch zweite Priorität einnahm. Schlussendlich fehlten für die Annahme der Initiative nur 6000 Stimmen aus vier Kantonen. Mit 50,7 Prozent Ja-Stimmen wurde zwar eine knappe Mehrheit erreicht, doch die Annahme der Initiative scheiterte am so genannten Ständemehr, welches besagt, dass in mehr als der Hälfte der 26 Schweizer Kantone eine Mehrheit zu Stande kommen muss.

Trotz der Niederlage hat die jahrelange Kampagnenarbeit das Thema Konzernverantwortung in die Medien gebracht und offenbar mindestens die Hälfte der Schweizer Bevölkerung dafür sensibilisiert, dass der ausbeuterische Logik der globalen Beziehungen ein Ende gesetzt werden muss.

Nicole Maron

Nicole Maron ist Journalistin und Fachperson von Comundo in Puno. Mehr Texte zur Konzern-Initiative und anderen Themen findet man auf ihrem Blog www.maron.ch

14. ISP-News – Dez 2020

Informationen aus und rund um die Infostelle in Deutschland

Sauerstoffmangel und die Firma Linde: weitere Briefe

Auf Initiative der Informationsstelle Peru (ISP) haben 34 Hilfswerke, Nichtregierungsorganisationen und Partnerschaftsgruppen einen Offenen Brief an die Firma Linde geschrieben, um an deren Verantwortung bei der Sauerstoffversorgung in der Corona-Pandemie zu appellieren. Darüber und über die unbefriedigende Antwort der Firma Linde haben wir im letzten InfoPeru berichtet. Wir haben uns daraufhin auch an einige Bundestagsabgeordnete und an das BMZ gewandt, um sie auf die Thematik aufmerksam zu machen. Aus dem BMZ und von drei Bundestagsabgeordneten haben wir Rückmeldung bekommen. Dr. Sascha Raabe (SPD) und Eva-Maria Schreiber (Die Linke) haben sich mit eigenen Briefen an Linde gewandt.

Politische Krise in Peru: Erklärungen der Plataforma Europa Perú

Zur politischen Krise in Peru hat die Infostelle zusammen mit dem Netzwerk Plataforma Europa Perú (PEP) eine Solidaritätserklärung veröffentlicht und einen Offenen Brief an die Europäische Union und die europäischen Regierungen geschrieben. Rückmeldungen dazu erhielten wir von den Bundestagsabgeordneten Peter Weiß (CDU) und Omid Nouripour (Grüne) sowie vom Auswärtigen Amt, das uns auf eine gemeinsame Erklärung der Europäischen Union hingewiesen hat. Alle versichern, die weitere Entwicklung in Peru aufmerksam zu verfolgen.

Glückwunsch an die neue Parlamentspräsidentin

Mirtha Vásquez Chuquilín ist neue Parlamentspräsidentin. Die Menschenrechts- und Umweltanwältin aus Cajamarca hat bei den Menschenrechtsorganisationen Grufides und Aprodeh gearbeitet und als Anwältin die Bäuerin Máxima Acuña im Prozess gegen das Minenunternehmen Yanacocha vertreten. Der Vorstand der ISP hat Mirtha Vásquez in einem Brief gratuliert. Wir freuen uns, dass eine so engagierte Politikerin, Anwältin, Aktivistin und Feministin diesen wichtigen Posten innehat! Die Glückwünsche haben wir verbunden mit der Forderung, dass sie und mit ihr alle Mitglieder des Kongresses sich für eine Aufklärung der Gewalttaten im Zusammenhang mit den Protesten einsetzen, freie, demokratische Wahlen im April garantieren und einen offenen Dialog mit der Zivilgesellschaft und den protestierenden Jugendlichen beginnen.

Nikolausaktion der Initiative Lieferkettengesetz

Mit einem Nikolausstiefel vor dem Büro des CDU-Bundestagsabgeordneten Matern von Marschall hat sich die Freiburger Initiative Lieferkettengesetz, der auch die ISP angehört, an einer Aktion der bundesweiten Initiative beteiligt. Unser Wunsch für Weihnachten: Die CDU soll sich im Bundestag für ein wirksames Lieferkettengesetz einsetzen!



Foto: Infostelle Peru

Brief an deutsche mennonitische Gemeinden: Zerstörungen im Amazonasgebiet stoppen

Von 2017 bis Oktober 2020 wurden 3.400 Hektar Wald in drei mennonitischen Kolonien im Amazonasgebiet gerodet (siehe auch unter „Kurz gemeldet“). Die ISP hat in einem Brief den Vorstand der deutschen mennonitischen Gemeinden gebeten, ihren Einfluss geltend zu machen, um die Zerstörung in Peru zu beenden.

15. Reicht der Sauerstoff für die zweite Welle?

Wer in Peru Sauerstoff braucht, kommt an deutschen Firmen kaum vorbei.

„Sauerstoff ist nicht irgendein Medikament; die Kaufstrategie und die Logistik unterscheiden sich grundsätzlich von anderen Medikamenten“, sagt Dr. Rocio Espino. Sie leitet die Abteilung für Medikamentenbeschaffung (CENARES) beim peruanischen Gesundheitsministerium. Im Jahr 2020 war sie vor allem damit beschäftigt, genügend medizinischen Sauerstoff für die vielen Corona-Patienten zu besorgen.

Das erwies sich als gar nicht einfach, sagt Dr Espino im Interview mit InfoPeru. Zum einen gab es in Peru gerade ein (andere Quellen sagen sechs) Krankenhäuser mit einer autonomen Sauerstoffversorgung, das heisst einer Anlage, die Sauerstoff aus der Luft ansaugt und in medizinischen Sauerstoff zerlegt. Patientenbetten mit Sauerstoffanschlüssen, wie sie in den meisten Ländern üblich sind, gab es in Perus Spitälern nicht. „Und dann kommt dazu, dass jedes regionale Krankenhaus seine eigenen Sauerstoffkäufe tätigt“, erklärt die Medizinerin. Das heisst bis einige Monate nach Ausbruch der Pandemie, wusste man im Gesundheitsministerium nicht, wieviel Sauerstoff im Land vorhanden ist und wieviel benötigt wird.

Der Bedarf hat sich verdreifacht

Heute weiss Rocio Espino die Zahl: der Bedarf an Sauerstoff hat sich während der Corona-Pandemie verdreifacht. Und die beiden Hauptanbieter für Flüssigsauerstoff in Peru kamen nicht hinterher mit der Lieferung. Praxair-Linde und Airproducts hatten praktisch ein Monopol auf die Sauerstofflieferung in Peru. Nur sie konnten 99%igen Sauerstoff herstellen, wie ihn die peruanische Norm vorschrieb. Ihre Verträge mit den Krankenhäusern umfassten auch die Lieferung von Tanks und Sauerstoffflaschen. Selbst wenn der Sauerstoff vorhanden war, so fehlte es oft an Flaschen und Tanks, um diesen abzufüllen. Immerhin habe Airproducts eine bereits aufgegebene Flüssig-Sauerstoffanlage in Chimbote wieder in Betrieb genommen. Dank ihr, so Espino, sei die Versorgung um vieles verbessert worden. Zum anderen wird viel Flüssigsauerstoff aus Ecuador und Chile eingeführt.

Allerdings habe sich auf der Preis für Sauerstoff erhöht, sagt Dr Espino. Betrug er vor der Pandemie 1,50 – 4 Soles pro m³, sei er nach Ausbruch von Corona auf 6-7 Soles pro m³ angestiegen. Grund, so die Anbieter, sei der Ankauf aus dem Ausland und der erhöhte Aufwand für den Transport.

Aber reicht das schon, um für die zweite Welle gewappnet zu sein?

Sauerstoffanlagenbauer haben Hochkonjunktur

Neben dem Flüssigsauerstoff, der in den industriellen Anlagen der beiden Groß-Lieferanten hergestellt wird, sind kleinere Anlagen mit dem PSA-Luftzerlegungs-Verfahren eine Alternative, vor allem für die kleinen Krankenhäuser in den Anden und im Amazonasgebiet. Denn der Transport des Flüssigsauerstoffs dorthin ist gefährlich und aufwendig.

Im Oktober hatte Gesundheitsministerin [Pilar Mazzetti verkündet](#), dass ihr Ministerium 81 Sauerstoffanlagen für seine Krankenhäuser kaufen würde, und diese im Oktober und November geliefert würden. Bisher ist nicht bekannt, ob diese Anlagen geliefert worden sind.

Aber nicht nur der Staat orderte Sauerstoffanlagen. Gemeinden, Regionalregierungen, Bischöfe, Firmen begannen Geld zu sammeln und auf eigene Faust Sauerstoffanlagen zu kaufen. Die

bekannteste Initiative ist [„Respira Peru“](#). Unter diesem Namen haben sich die peruanische katholische Bischofskonferenz, der Industrieverband SNI und Privatpersonen zusammengetan, um Geld für Sauerstoffanlagen aufzutreiben. 8 600 000 Soles (rund 2 Mio Euro) wurden nach Angaben der Bischofskonferenz gesammelt. Neun Anlagen verschiedenster Grösse sowie kleinere Sauerstoffflaschen, Intensivbetten u.a. seien damit in ganz Peru installiert worden (u.a. in Chachapoyas, Trujillo, Yurimaguas, Camana, Tacna und Puerto Maldonado)

Während die deutsche Firma Linde wegen ihrer Marktdominanz für Flüssigsauerstoff in Peru in Verruf geriet, ist eine andere Firma aus Herrsching am Ammersee in Peru nun sehr gefragt.

Anlagen vom Ammersee für Peru

Die Firma [Inmatec](#) ist ein Marktführer für Sauerstoffversorgungseinheiten für Krankenhäuser. „Wir waren bereits mit Peru im Gespräch, bevor Corona los ging, und hatten die nötigen Bewilligungen erhalten“, berichtet Peru-Sachbearbeiter Marvin Wolf im Gespräch mit InfoPeru. In den ersten Monaten nach Ausbruch der Pandemie hätten sie 40-50 Anfragen täglich aus Peru erreicht, zum Teil auch aus kleinen Gemeinden, und bereits im Mai sei die erste Anlage ausgeliefert worden. Bis Ende Oktober hatte Inmatec 30 Sauerstoffanlagen nach Peru geliefert, 80% davon seien Ende Oktober bereits in Betrieb gewesen, berichtet Wolf.

Er geht hart mit der 99%-Norm für medizinischen Sauerstoff ins Gericht. Diese Norm war bis Anfang Juli in Peru gültig und schuf erst das Monopol der industriellen Sauerstoffhersteller Linde-Praxair und AirProducts. „Kein Mensch braucht 99%igen Sauerstoff, solange er noch selber atmet“, sagt Wolf. Die PSA-Luftzerlegungs-Anlagen stellen medizinischen Sauerstoff mit einem Reinheitsgrad von 93-95% her.

Die kleinen PSA-Anlagen können jedoch bei weitem nicht den Bedarf an Sauerstoff in Peru decken. Deshalb ist das Gesundheitsministerium weiterhin auf die industriellen Marktführer angewiesen.

Ende Dezember 2020 steigen auch in Peru die Zahlen der Corona-Infizierten wieder an. Die Regierung hat den motorisierten Individual-Verkehr für die Feiertage eingeschränkt, in der Hoffnung, damit grosse Familienzusammenkünfte zu verhindern. Wann und in welchem Ausmaß die zweite Corona-Welle Peru erreichen wird, kann niemand vorhersagen.

Ob dieses Mal zumindest der Sauerstoff reichen wird, leider auch nicht.

Hildegard Willer

16. Neue InfoBlätter zu Energiewende und zu Wasserstraßen

Wir setzen unsere Reihe „InfoBlatt Peru“ im Dezember mit zwei neuen Ausgaben fort:

InfoBlatt 5 „Energiewende in Peru – ein Weg mit Hindernissen“

Eine Energiewende ist dringend nötig, nicht nur bei uns, sondern auch in Peru. Die CO₂-Emissionen betragen in Peru zwar pro Kopf nur etwa ein Fünftel der deutschen Emissionen (was deutlich macht, wo die Hauptverantwortung liegt), beim Energiemix gibt es aber dringenden Handlungsbedarf: 78 Prozent der in Peru erzeugten Energie stammt aus fossilen Energiequellen. Wind und Sonne machen weniger als ein Prozent aus. Wasserkraft (immerhin 10,6%) gilt zwar als erneuerbare Energie, die großen Wasserkraftwerke in Peru verstärken jedoch den Treibhauseffekt und zerstören Flüsse. Peru setzt nach wie vor auf fossile Brennstoffe, die zum großen Schaden von Mensch und Natur ausgebeutet werden. Bürgerinitiativen und NGO's drängen deshalb auf eine Energiewende. Sie haben für die Region Nord-Ost einen Maßnahmenplan mit konkreten Forderungen entwickelt. Und was können wir in Deutschland zu einer Energiewende in Peru beitragen?

Das Infoblatt zur Energiewende können Sie hier herunterladen [InfoBlatt 05 Webversion](#)

InfoBlatt 6 „Wasserstraßen in Amazonien – der Widerstand gegen den Ausbau wächst“

Mit dem Bau großer Wasserstraßen sollen vier Flüsse zu einem gigantischen Transportnetz ausgebaut werden, um einen internationalen Handelskorridor zu schaffen. Aktuell liegt das Projekt auf Eis, da die Umweltverträglichkeitsstudie zahlreiche Mängel und Fehler aufweist. Doch die Regierung verfolgt die Ausbaupläne weiter, um mit den Wasserstraßen die Wirtschaft anzukurbeln. Das Projekt bedroht nicht nur die Flüsse, sondern auch die Bewohner*innen von über 400 Ortschaften entlang der Flüsse. Aus Sicht der Betroffenen kommen zu den unwägbaren materiellen und ökologischen Schäden noch ebenso wichtige spirituelle und kulturelle. Indigene Organisationen und NGO's fordern deshalb den endgültigen Stopp des Megaprojektes. Da das Wasserstraßen-Projekt Teil des gigantischen südamerikanischen Infrastrukturprojektes IIRSA ist, steht seine Umsetzung trotz des derzeitigen Stopps weiter auf der Regierungs-Agenda. Welche Gefahren für Mensch und Natur dies birgt und was wir von Deutschland aus dagegen tun können, ist in dem InfoBlatt zu lesen.

Das Infoblatt zur Problematik der Wasserstraße können Sie hier herunterladen [InfoBlatt 06 Hidrovía Webversion](#)

Beide InfoBlätter sind in enger Zusammenarbeit mit dem Forum Solidaridad Perú in Lima entstanden.

Ab sofort können die InfoBlätter in der Geschäftsstelle unter info@infostelle-peru.de auch in gedruckter Form bestellt werden. Wir senden Sie gerne in größerer Auflage zu.

17. Regenwaldschätze – für das globale Lernen

Neue Materialien des Arbeitskreises München Asháninka

Der amazonische Regenwald ist sehr schön, sehr wichtig und muss geschützt werden. In diesem Sinne haben wir vom Arbeitskreis München Asháninka (im Nord Süd Forum München e.V.) Materialien erstellt.

Die Materialien sind Teil unserer langjährigen Kooperation mit Organisationen des indigenen Volkes der Asháninka im zentralen Regenwald Perus. Sie sind mit ca. 80.000 Menschen das größte indigene Volk im peruanischen amazonischen Regenwald. Wir betrachten diese Kooperation nicht als karitative Hilfe sondern als Kooperation in Augenhöhe, soweit das möglich ist innerhalb der globalen ungerechten Strukturen. Sie ist Teil innerhalb des europäischen Klima-Bündnisses. Ein ganz wichtiges Ziel ist für uns die Informations- und Bildungsarbeit. Diese sehen wir als Teil des Globalen Lernens.

Tropisches Doppel

Andere sagen Memory dazu. Das Spiel ist besonders für Kinder konzipiert. Aus unseren Erfahrungen wissen wir, dass Kinder beim Thema „Regenwald“ besonders an Tieren und Pflanzen interessiert sind. Das Spiel besteht aus 48 farbigen Kärtchen (Karton, 5 x 5 cm), also 24 Motiven aus dem peruanischen Regenwald. Neben Tieren und Blumen sind auch einige Fotos von Kindern aus dem Regenwald dabei.

Zusätzlich beiliegend eine kurze Hintergrundinformation, Tipps für Spielvarianten und Spielregel. Alles schön verpackt in einer kleinen Schachtel, 10 x 5 cm.

Schutzgebühr 5 € inkl. Versandkosten

Bezug nur gegen Vorkasse auf das Konto:

Heinz Schulze, Sparda-Bank, IBAN DE 19 70090 5000 10513 4218

Und bitte bei der Überweisung die vollständige Postanschrift mitteilen.

Regenwald-Quartett

Wie ein übliches Quartett mit 32 farbigen Spielkarten mit Motiven aus dem amazonischen Regenwald (Tiere und Pflanzen). Dazu kurze Erklärungen in einem kleinen Karton-Umschlag.

Schutzgebühr: 5 € inkl. Versandkosten

Bezug nur gegen Vorkasse auf das Konto:

Heinz Schulze, Sparda-Bank, IBAN DE 19 70090 5000 10513 4218

Und bitte bei der Überweisung die vollständige Postanschrift mitteilen.

Der gefräßige Jaguar und andere fabelhafte Geschichten aus dem peruanischen Regenwald

Nach dem großen Erfolg der Broschüre „Vom frechen Affen“ hier neue Geschichten, Mythen und Erzählungen aus dem peruanischen Regenwald. Broschüre mit 32 Seiten A 5 mit zahlreichen farbigen Zeichnungen, die speziell für diese Veröffentlichung gemacht wurden. Entstanden aus unserer Kooperation mit Organisationen und Dorfgemeinschaften des indigenen Volkes der Asháninka.

Kostenlos erhältlich via: akma@nordsuedforum.de



Foto: Luisenrique Becerra

18. 23. – 25. April 2021: Peru-Seminar – die Corona-Pandemie und ihre sozialen Folgen

Vom 23. bis 25. April 2021 laden wir zum jährlichen Peru-Seminar ein. Ob es wie immer in Köln oder nur online (oder in einer Kombination aus beidem) stattfinden wird, steht noch nicht fest. Aber das Thema: wir werden uns mit dem peruanischen Gesundheitssystem beschäftigen und der Frage nachgehen, warum Peru besonders stark von der Pandemie betroffen war. Außerdem fragen wir nach den wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Pandemie und berichten von Selbstorganisation und Selbsthilfe der Bevölkerung.

Natürlich wird es auch Berichte und Einschätzungen zur aktuellen politischen Situation, verschiedene Arbeitsgruppen und die Möglichkeit zum Austausch geben. Das genaue Programm mit den Referent*innen werden wir im Februar verschicken.

Also: Termin schon mal vormerken!



Foto: Megan Janetsky

19. Neu – Die Südamerika-Reporterinnen

Ein neues Online-Magazin mit deutschsprachigen Berichten aus Südamerika.

Katharina Wojczenko, Sophia Boddenberg, Ulrike Prinz und Hildegard Willer berichten als Journalistinnen aus Kolumbien, Chile, Peru, Venezuela und über die indigenen Völker des Amazonasgebietes. Seit Oktober tun sie dies gemeinsam im Online-Magazin Südamerika-Reporterinnen.

Alle vier sind Genossenschafterinnen der Plattform für unabhängigen Journalismus www.riffreporter.de. Auf diesem Portal veröffentlichen über 100 freie deutschsprachige Journalistinnen und Journalisten vor allem – aber nicht nur – zu den Themen Umwelt und Wissenschaft. Einige Artikel sind kostenfrei, für die meisten muss man bezahlen. So sollte das auch sein, denn guten Journalismus zu machen, braucht Zeit. Und auch Journalistinnen und Journalisten leben nicht nur von ihrem Idealismus, sondern müssen ihre Miete bezahlen und oft aufwändige Recherchen finanzieren.

Hier erfahren Sie mehr über das Projekt und die Journalistinnen

<https://www.riffreporter.de/suedamerika-reporterinnen/>

Wenn Sie das Angebot interessiert, dann haben Sie mehrere Möglichkeiten, das Online-Magazin zu unterstützen:

1. Sie bestellen den monatlichen Newsletter der Südamerika-Reporterinnen. Dieser Newsletter ist kostenlos und unverbindlich und gibt Ihnen einen Einblick in ihre Arbeit.
2. Sie können ein Projekt-Abo für 3,49 Euro monatlich abschließen. Damit erhalten Sie Zugang zu allen Artikeln der Südamerika-Reporterinnen (monatlich mindestens drei Hintergrundberichte). Sie können das Projekt-Abo jederzeit wieder kündigen.
3. Wenn Sie auch Interesse an anderen Artikeln des Portals riffreporter.de haben, können Sie eine Flatrate für 13 Euro monatlich abschließen (Studierende 8 Euro) und dort die „Südamerika-Reporterinnen“ als bevorzugtes Projekt angeben. Damit haben Sie Zugang zu allen Artikeln des Portals.

Ein Abschluss der Abos ist im Moment aus technischen Gründen nur mit Kreditkarte oder mittels paypal-Lastschrifteneinzug möglich.

Ich würde mich freuen, wenn Sie neugierig geworden sind auf unser Projekt und uns, in welcher Form auch immer, lesen und unterstützen. Und für vertiefte Informationen aus Peru lesen Sie bitte weiterhin den InfoPeru!

Hildegard Willer (Südamerika-Reporterin und Redakteurin des InfoPeru)

PS: Dank an mein Redaktionskomitee der Infostelle Peru, dass ich an dieser Stelle Eigenwerbung betreiben durfte

Impressum

Sie können den Newsletter bestellen über die Webseite der Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an newsletter@infostelle-peru.de

Redaktion: Hildegard Willer, Heinz Schulze, Annette Brox

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt und von Caritas international.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und Caritas international, vom Referat Weltkirche der Erzdiözese Freiburg, von der Christlichen Arbeiterjugend Freiburg sowie von zahlreichen Mitgliedern und Spender*innen.